

Bezugspreis: Vierteljahr 3.-, Halbjahr 5.-, ein Jahr 9.-, ...

Anzeigenpreis: Die abgegriffene Raumzahl ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Freitag, den 25. Juli 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Allgemeiner Metallarbeiterstreik?

Streik im Siemenskonzern.

Gestern teilten wir mit, daß die Leitung der Siemenswerke den Arbeitern, welche passive Resistenz treiben, mit Entlassung droht. Die passive Resistenz war die Antwort auf die Entlassung von 41 Vertrauensleuten, und diese erfolgte, weil ein Anschlag, worin die Firma mitteilte, daß am Montag wie gewöhnlich gearbeitet wird, von Arbeitern abge-

Wie heute berichtet wird hat die Firma bis jetzt bereits 10 000, nach einer andern Angabe 14 000 Arbeiter und Arbeiterinnen entlassen und weitere 20 000 Entlassungen sollen bevorstehen. Die Arbeiter betrachten die Entlassung ihrer Vertrauensleute als eine gegen die Ausübung ihrer Rechte gerichtete Maßregelung. Die Arbeiter berufen sich darauf, daß sie im April d. J. mit der Direktion der Siemenswerke eine Vereinbarung getroffen haben, wonach alle Anschläge am schwarzen Brett, welche Arbeiterangelegenheiten betreffen, vom Arbeiterrat gegenseitig abgehandelt werden müssen. Diese Vereinbarung ist auch bis zum 19. d. Mts. innegehalten worden. Der zur Arbeit am Montag, den 21. d. Mts. auf-geforderte Anschlag, der am 19. d. Mts. publiziert wurde, war nicht vom Arbeiterrat gegenseitig abgehandelt. Deshalb hielten sich die Arbeiter für berechtigt, denselben zu entfernen.

Wenn das zutrifft, dann könnten sich die Arbeiter wohl auf einen formalen Grund zur Entfernung des Plakats berufen. Der gute Glaube könnte ihnen jedenfalls nicht abgesprochen werden. Es scheint uns deshalb nicht gerechtfertigt, wenn die Firma diesen Anschlag zum Ausgang eines so großen Kampfes machen würde, der geeignet ist, unser Wirtschaftsleben schwer zu stören. Es ist ja gar nicht abzusehen, ob ein derartiger Kampf, einmal ausgebrochen, nicht noch weitere Kreise ziehen würde.

Anscheinend ist auch die Leitung der Siemensbetriebe diesen Erwägungen nicht unzugänglich, denn nach der Angabe eines hiesigen Abendblattes hat die Organisation der Unternehmern der Arbeiterorganisation mitgeteilt, daß sie bereit ist, wegen dieses Konflikts zu verhandeln. Die Verhandlungen waren am Sonntagabend angefangen.

Inzwischen ist Donnerstag nachmittag durch geheime Abstimmung der Streik für den gesamten Siemens-Konzern beschlossen worden. Dadurch ist die Gefahr eines allgemeinen Metallarbeiterstreiks in Berlin in unmittelbare Nähe gerückt. Es wird hoffentlich gelingen, in letzter Stunde noch zu einer Einigung zu kommen.

Die Porzellan-Fabrik in Teget hat jetzt den Hammerschlägen, die seit längerer Zeit im Streik liegen, gekündigt. Es ist seitens der Firma in Aussicht genommen, das Tegeter Werk gegebenenfalls überhaupt zu schließen.

Zu dieser auch aus Braunschweig berichteten Schließungsabsicht muß doch gesagt werden, daß Deutschland sich solchen Luxus nicht leisten kann. Abhängenfalls müßten solche Werke vom Staat weitergeführt werden. Weber-Arbeiter noch Unternehmer dürfen vernünftigerweise jetzt die Produktion stilllegen und die Arbeitslosigkeit noch vergrößern.

Auch im Bereiche der Post hat sich ein Konflikt aus Anlaß des Montagstreiks entwickelt. Die Oberpostdirektion hat 280 Telegraphenarbeiter wegen Teilnahme am Streik entlassen. Die Zentralleitung des Bundes der Telegraphenarbeiter hat sich telefonisch an die Oberpostdirektion und den Reichspostminister gewandt und um Rücknahme der Entlassung ersucht. Wie in einer am Mittwoch abgehaltenen Versammlung der Telegraphenarbeiter mitgeteilt wurde, hat Reichspostminister Wieberts geantwortet:

„Streik der Telegraphenarbeiter ist ein Verbrechen an den Interessen des Volkes und der Republik. Streik ist begonnen ohne Verhandlungen und daher Kontraktbruch. Entlassungen ohne daher gerechtfertigt. Für Verhandlungen ist Oberpostdirektion zuständig. Wegen Gefährdung des Fernsprechs durch Sabotage ist Polizeipräsident und Reichswehr benachrichtigt.“

Der Sekretär des Bundes der Telegraphenarbeiter beschte unter Zustimmung der Versammlung mit dem Generalkonflikt, falls die Entlassungen nicht zurückgenommen werden.

Der Friedensvertrag von Amerika doch genehmigt? Daily News erfahren aus New York, daß eine Aenderung des Friedensabkommens in politischen Kreisen nicht als wahrscheinlich angesehen wird, und daß sogar ein Vorbedacht bezüglich der Genehmigung durch den Senat als ausgeschlossen erscheinen muß. Es ist Wilson offenbar gelungen, so sagt der Korrespondent, die Senatoren von dem Grund der Lage in Europa zu überzeugen.

Schweizerische Sozialdemokratie, Frieden und Internationale.

Aus Basel wird uns geschrieben: In der schweizerischen Arbeiterkammer, soweit sie sich zum Sozialismus bekennt, herrscht jetzt herbe bittere Enttäuschung über das Versagen der französischen Sozialisten anläßlich des internationalen Proteststreikes. Daß die gesamte französische Arbeiterkammer so sehr vor Clemenceau kapituliert, hatte man in der Schweiz nicht erwartet. Nicht, daß man die Latkraft der französischen Sozialisten sehr hoch einschätzte, man weiß, daß sie in der Phrase mächtig, in der Tat bedächtig sind, aber daß sie schon beim Erbeben von Clemenceaus Drohsinger so zusammenklappen, das hatte selbst der schlimmste Pessimist nicht geahnt. Wenn nicht ein Frieden im Sinne der internationalen Sozialistenkonferenz vom Februar d. J. zustandekommt, dann wird ihn die französische Arbeiterkammer durch alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel erzwingen! wurde in Bern erklärt. Ein solcher Frieden, wie ihn Renaudel in Bern erträumt, ist nun wie alle Welt weiß, nicht zustande gekommen; aber wo bleibt die französische Sozialdemokratie? Italien ist der wankenden Unschlüssigkeit Frankreichs gefolgt und seine Arbeiterkammer verzichtet nun ebenfalls auf die Durchführung des internationalen Proteststreikes; England, Amerika, Belgien usw. haben von vornherein die Teilnahme an diesem Proteststreik abgelehnt; die Arbeiterkammer der neutralen Länder ist überhaupt nicht um ihre Teilnahme angefragt worden. Aus diesem Grunde hat auch die Leitung des schweizerischen Gewerkschaftsbundes und der sozialdemokratischen Partei von einer aktiven Teilnahme abgeraten und nur die Abhaltung von Protestversammlungen angeraten, die auch nur in einigen Städten abgehalten wurden. Die Basler Arbeiterkammer veranstaltete eine Massenversammlung mit daran anschließendem Umzug; in gleicher Weise demonstrierte auch die Arbeiterkammer von Bern und Zürich, während die welsche Arbeiterkammer jede Teilnahme an dem Protest gegen den Versailler Gewaltfrieden rundweg ablehnte.

Die schweizerische sozialdemokratische Partei ist gegenwärtig daran, ihr Aktionsprogramm zu revidieren, um dasselbe den heutigen Verhältnissen entsprechend umzugestalten. Im Ziel wird sich das Programm demjenigen von Erfurt angleichen, dagegen soll die Taktik eine vollständig veränderte werden. Mit der Aenderung der Taktik im Zusammenhang steht die Frage des Anschlusses an die dritte Internationale.

gegen welchen sich innerhalb der sozialdemokratischen Partei bereits Opposition erhoben hat. Es wird die Frage aufgeworfen, ob die schweizerische Arbeiterkammer imstande ist, die Bedingungen zu erfüllen, welche die dritte Internationale (Moskauer) an sie stellen wird. Für die Schweiz ist die revolutionäre Epoche noch nicht gekommen, und darum fehlen auch die Voraussetzungen für die Kampftaktik und Methoden, die in den Richtlinien der dritten Internationale vorgeschrieben sind. Ein Beitritt zur dritten Internationale wäre ja nur eine Sympathiebekundung für die Sowjetrepublik, aber dabei würde es auch bleiben, dagegen wäre man durch den Beitritt nur in der eigenen Aktivität und in der eigenen Aktion gehemmt und das ganze wäre dann nur wieder eine Renaudelfolge der zweiten Internationale mit rötlichen Flaggen und schwärzeren Devisen, aber im Grunde genau so aktionsunfähig wie die letztere. Es wäre nur wieder eine Internationale der Phrase und Deklamationen, ohne Kraft und ohne Leben. Nach der sich lebhaft zeigenden Opposition gegen den Beitritt zur dritten Internationale wird es auf dem schweizerischen sozialdemokratischen Parteitag in Basel sehr lebhaft werden und man wird kaum behaupten dürfen, daß der Beitritt der Schweiz zur dritten Internationale schon gesichert ist.

Heimkehrende Kriegsgefangene. Daily News vom 22. meldet, daß Vorbereitungen getroffen worden sind, um eine große Zahl deutscher Kriegsgefangener auf dem Wege über Dover-Rotterdam in die Heimat zurückzubefördern. Der erste Transport hat sich am 24. d. Mts. auf dem Dampfer „St. Denis“ in Dover eingeschifft.

Entente und russische Kriegsgefangene. Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“. Moskau, 23. Juli. Tschitscherin teilt mit, daß die Sowjetregierung mit allen Mitteln die Absicht der Entente verhindert werde, die in Deutschland lebenden 240 000 russischen Kriegsgefangenen an die Armee Denikin abzuschicken.

Unruhegefahr in Luxemburg? Nach der „Frankfurter Zeitung“ haben die Amerikaner das Luxemburgische Gebiet endgültig verlassen. Weil für diesen Fall mehrfach mit Unruhen gedroht worden war, hat der Gemeinderat von Esch Militär zum Schutz der Eisenerz-Hüttenwerkeanlagen erbeten. Zwei Kompagnien Franzosen liegt jetzt besonders der Schutz der Werke der Gelsenkirchener Hütten-A.G. ob.

Die Offiziersfrage.

Der Offizier im neuen Deutschland befindet sich gewiß nicht in einer einfachen Situation. Die alten Berufsoffiziere, die vor dem Kriege unter dem ihren Monarchen geleisteten Eid in der Armee ihren Dienst taten, sind größtenteils Monarchisten bis auf die Knochen gewesen, und sie fühlten sich mit ihrem Oberherrn so innig verbunden, daß eine Loslösung von ihm geradezu unmöglich war. Dieses Verhältnis war begründet in Tradition und Umgebung, und kein vernünftiger Mensch nahm daran Anstoß. Die Revolution hat dieses Verhältnis jäh gestört. Der Offizier stand nicht mehr unter dem Befehl des obersten Kriegsherrn und nicht mehr in einem persönlichen Vasallenverhältnis zu ihm. Dennoch kann man die Gesinnung nicht wie das Hemd wechseln. Es ist darum ganz klar, daß das alte Offizierskorps mit den neuen Verhältnissen innerlich nicht ausgehört ist. Das kann kein persönlicher Vorwurf gegen die Offiziere sein. Unter ihnen wird ein erheblicher Teil sein, der sich ehrlich bemüht, in den neuen Verhältnissen Orientierung zu finden, der aber doch nicht so rasch, als er vielleicht will, sich von den Hemmnissen der Ueberlieferung, der Erziehung und der einseitigen geistigen Einstellung freimachen kann.

Es muß zugegeben werden, daß es diesen Offizieren nicht leicht gemacht worden ist, sich in das in Deutschland neu Gewordene hineinzufinden. Es muß aber auch ausgesprochen werden, daß bei einem Teil des Offizierskorps ein großer Mangel an politischem Takt in dieser schwierigen Situation Deutschlands wahrzunehmen ist.

Koste hat seinen Offizieren gesagt, daß für ihn bei der Indienststellung der Truppenführer nicht die Gesinnung, sondern die berufliche Eignung und der Wille, den notwendigen Sicherheitsdienst mit der vollen Verantwortung zu leisten, maßgebend sind. Damit erscheint uns gleichzeitig ausgesprochen, daß die Offiziere, die den Dienst in der republikanischen Reichswehr annehmen, sich für den Schutz der gegebenen Staatsordnung einsetzen.

Die letzten Äußerungen gewisser Kreise des Offizierskorps und die Haltung in der Öffentlichkeit lassen jedoch erkennen, daß diese unerlässlichen Voraussetzungen für einen militärischen Führer nicht voll beachtet werden. Der monarchistisch gesinnte Offizier muß sich in der Truppe und in seinen Diensthandlungen rein sachlich verhalten. Wenn er — wie es in der letzten Zeit häufig vorgekommen ist — seine monarchistische Gesinnung offen betonen zu müssen, so soll er so viel Einsicht besitzen, daß er dazu vorher den Kopf auszieht und sich in Zivilkleidung steckt. Und daß er, wenn er sich nicht dem Vorwurf großer Taktverletzung aussetzen will, insbesondere in Uniform von allen öffentlichen monarchistischen Demonstrationen, noch dazu mit Hilfe der seiner Führung anvertrauten Truppen, fernhält. In der Truppe muß ein absolut geschlossener Geist und ungetrübte dienstliche Sachlichkeit herrschen, wenn Gerechtigkeit, Diskussionslust, Oppositionsgeist, Spaltung und Unzufriedenheit vermieden werden sollen. Treten diese Erscheinungen in der Truppe auf, so muß ihre Selbstsicherheit darunter leiden, und die Unsicherheit in einem Heeresverband ist — das weiß jeder Offizier — der Anfang vom Ende.

Wir wissen, daß der monarchistische Gedanke im französischen Offizierskorps eine besonders starke Anhängerenschaft hat. Wir wissen aber auch, daß der französische Offizier trotzdem immer ein guter und taktvoller Diener des republikanischen Heeres gewesen ist. Mit der nötigen Selbstbeherrschung muß das in Deutschland ebenfalls erreicht werden.

Wenn die Offiziere für sich in der Öffentlichkeit Rücksicht auf ihre Gesinnung und Gewissensbedenken verlangen, so darf umgekehrt die Bevölkerung von ihnen fordern, daß sie auch Rücksicht auf ihre Empfindungen nehmen.

Das, was in den letzten Tagen in Deutschland in der Öffentlichkeit über monarchistisches Treiben im Dienst befindlicher Offiziere bekannt geworden ist, muß im Interesse der innerstaatlichen Sicherheit und Ruhe aufhören. Das „Militärwochenblatt“ hat auf eine Einsendung des republikanischen Führerbundes folgende ablehnende Begründung gegeben:

Wir bitten von weiteren Zusendungen abzusehen, da das auf monarchischem Boden stehende „Militärwochenblatt“ nicht in der Lage ist, Zuschriften eines Bundes zu veröffentlichen, dessen Mitglieder, soweit sie früher Seiner Majestät dem Kaiser und König den Hahneneid geleistet haben, anscheinend gewillt sind, sich an diesen Eid nicht mehr gebunden zu erachten, nachdem der allerhöchste Kriegsherr aus Unglück gestürzt ist.

Das „Militärmoderblatt“ ist zwar kein offizielles Organ, aber es erfreut sich weitgehender Unterstützung des Kriegsministeriums. Damit ist sein offizieller Charakter festgelegt. Wir betrachten diese Auslösung als einen Skandal, der nicht toller sein könnte, wenn man der Regierung absichtlich die mildesten Knüppel unter die Beine werfen will.

Noch ein anderes ist aber in diesem Zusammenhang zu bemerken. In Weimar ist gegen die heftige Opposition der Reichsparteien beschlossen worden, Schwarz-rot-gold als Reichsfarben einzuführen. Sie können noch nicht offiziell geführt werden, weil die Verfassung noch nicht verabschiedet ist. Wenn nun — was vorher nur vereinzelt der Fall war — jetzt jedes Häuflein geschlossener marschierender Soldaten und jede Wache eine schwarz-weiß-rote Schillerfahne vor sich hertragen läßt, so muß das als Provokation der republikanischen Gesinnung der Volksmehrheit empfunden werden. Wenn der Kampf der Meinungen tobt, soll die Truppe ihn nicht noch unterstreichen. Es kann nicht bewiesen werden, daß die Absicht der Provokation vorlag. Aber das Militär muß lernen, auch mit Imponderabilien zu rechnen.

Die Tätigkeit der Truppe ist lediglich Sicherheitsdienst geworden. Ein kluger Sicherheitsdienst wird immer versuchen müssen, sich seine Aufgabe so leicht als möglich zu gestalten. Er darf darum nicht künstlich Widerstände erheben, sondern er muß sie zu vermindern suchen. Am Ende versteht doch auch das Offizierkorps unter Patriotismus den hingebenden Dienst am Volke. Darum sollte es an seiner hervorragenden Stellung das Lebensbedürfnis unseres Volkes nach innerer Ruhe fortgesetzt im Auge behalten.

Die Einheit des ganzen Volkes ist die unerblickliche Voraussetzung einer glücklichen Entwicklung Deutschlands. Die Schwierigkeiten, die dabei zu überwinden sind, liegen berahndet vor uns. Häufen wir nicht noch neue dazu.

Recht ist Besonnenheit die höchste Bürgerpflicht. Ein jeder gute Patriot muß sich bescheiden, seine persönlichen Empfindungen hinter die Erfordernisse für die Gesamtheit zurückzustellen. Mit gutem Willen läßt sich das meiste vermeiden, was jetzt im Interesse des Vaterlandes unterbleiben muß.

Wir wollen, daß endlich nicht mehr von einer „Offiziersfrage“ gesprochen wird.

### Aktionsprogramm der französischen Arbeiter Kein Wort gegen den Gewaltfrieden!

Das Nationalkomitee der französischen Arbeitervereine und Gewerkschaften hat am Mittwoch nach vierstündiger Zusammenkunft seine Sitzungen beendet. Es hat in einer allgemeinen Schlussresolution, die einstimmig angenommen wurde, die Beschlüsse der Konferenz genehmigt und die Aufforderung einer gemeinsamen Aktionsformel beschlossen, die von allen Organisationen der Konferenz obligatorisch auf die Tagesordnung des Gewerkschaftskongresses im Dezember gesetzt wird. Alle Mitglieder der Konferenz sollten auch weiterhin im Lande gegen die Regierung, für schnelle Demobilisierung, für eine allgemeine Amnestie, für die Einstellung jeder Intervention gegen die Arbeiterrevolutionen in Rußland und Ungarn Propaganda treiben. Weiter erklärte sich das Nationalkomitee mit der Wirtschaftspolitik, die auf den Grundrissen des Völkerbundes aufgebaut ist, einverstanden. Es wurde schließlich die Befreiung aller Kolonialländer, die Aufhebung der Blockade gegen Rußland und Ungarn und die Wiederaufnahme der gesamtlichen Beziehungen mit Deutschland verlangt.

Clemenceau kann mit seinen Sozialisten zufrieden sein. Abgesehen von dem Protest gegen Blockade und Intervention gegen Rußland und Ungarn, was ohnehin seinen Sa-

fen hat, ist nichts verlangt, was Clemenceau nicht gerne gestatten würde. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen in aller Form mit Deutschland ist zwar sehr nett und wünschenswert, aber sicher nicht die größte unserer Sorgen und der Kernpunkt dessen, worum sich die Weltgeschichte dreht.

### Die französischen Teilnehmer an der Luzerner Konferenz.

Nach dem „Progres de Lyon“ nehmen seitens der französischen Sozialistenpartei an der internationalen Konferenz in Luzern für die neue Partei teil: Cachin, Longuet, Daniel Renoult und Miral. Für die neue Minderheit nehmen teil: Albert Thomas, Renaudel, Boisson und Severac. Albert Thomas ist bereits in Genf eingetroffen.

### Der große Kohlenstreik in England. 6 Gruben bereits erloschen.

Kopenhagen, 24. Juli. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die Ausschließung der englischen Verstarbeiter und Eisenbahner und der Transportarbeiter sollte am Mittwoch in London zur Frage einer Hilfsaktion Stellung nehmen. Lloyd George und Bonar Law wollten zugehen sein. Das Ergebnis liegt noch nicht vor. Fast erreicht die Anzahl der Arbeitslosen infolge des Kohlenstreiks 330 000, wozu gegen Wochenende weitere 100 000 bis 200 000 kommen dürften. In Leeds, Sheffield und anderen wichtigen Industriezentren mühten sich die Arbeiter der großen Maschinenfabriken zu schließen. Inzwischen erhält Amerika immer neue Kohlenaufträge aus Europa, so auf Lieferung von 100 000 Tons an Frankreich. Auch die Schifffahrt ist von dem Kohlenstreik schwer betroffen. Hunderttausende von Fischereidampfern können nicht fahren. In Liverpool drohen 30 000 Hafenarbeiter mit Streik. Nach ungefährer Berechnung liegt ein Viertel der sämtlichen englischen Kohlegruben still. Sechs Gruben sind erloschen. Die Regierung fordert zur Einschränkung im Gas-, Wasser- und Elektrizitätsverbrauch auf. „Daily Mail“ klagt die Arbeitervertreter im Parlament wegen ihres Mangels an Führung scharf an. Die starke Oppositionsgruppe sei aber außerstande gewesen, einen Einfluß auf die Arbeiter und auf die Regierung auszuüben. Die bürgerliche Presse ergeht sich allgemein in derartigen Angriffen und setzt ihre Hoffnung auf den starken Mann Lloyd George, der das Land von den inneren Gefahren befreien werde.

### Die englische Regierung und die Grubenarbeiter.

Hollandisch Niems meiden: Der Ministerpräsident empfing die Vertreter der Grubenarbeiter-Föderation von Großbritannien, um die Frage der Freierhöhung für Kohle angesichts der Herabsetzung der Arbeitszeit zu besprechen. Smillie setzte den Standpunkt der Arbeiter auf Grund der Resolutionen der Reichstageskammer auseinander. Nach einer längeren Beratung gab Lloyd George der Föderation folgenden Vorschlag zur Eröfnung: In der Voraussetzung, daß die Ausbeute um weniger als 10 Proz. sinken wird, ist die Regierung bereit, zu erwirken, daß die Arbeiter keine Lohnminderungen erleiden werden. Die Löhne werden infolgedessen entsprechend erhöht werden, so daß der Stundenlohn etwa in demselben Maße steigen wird, wie die Arbeitszeit herabgesetzt wird. Der Ministerpräsident schlug vor, diese Regelung in den verschiedenen Grubenbezirken von Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer unterzogen zu lassen. Smillie jagte, daß sein Vorhaben heute nachmittags die Vorschläge der Regierung erörtern werde.

### Ein Denkmal der Völkerverbrüderung.

(Eigener Drahtbericht.) Kopenhagen, 24. Juli. Schwedische Sozialisten beider Richtungen, u. a. Branting und Lindhagen, erlassen einen gemeinsamen Aufruf zur Errichtung eines öffentlichen Denkmals in Stockholm, welches ein Symbol des Völkerfriedens und der Völkerverbrüderung bilden soll. Auf dem Denkmal sollen Jaurès und Karl Liebknecht dargestellt werden. Es heißt in dem Aufruf u. a., die französische und deutsche Arbeiterklasse soll unsere Zu-

sammenstellung von Jaurès und Liebknecht nicht mißverstehen. Jaurès und Liebknecht vertreten verschiedene und zu Zeiten entgegengesetzte Nationen, aber auch verschiedene Strömungen innerhalb der Arbeiterbewegung. Jedoch ihr Kampf für den Frieden und ihr Bestreben nach einer allgemeineren Völkerverbrüderung führen sie trotz allem zusammen und ihr Opfer ist vereint.

### Die Uebergabe der Saargruben.

Zu den Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und der französischen Regierung wegen Uebergabe der Saargruben wird der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ von unterrichteter Seite mitgeteilt, daß diese in Saarbrücken am gestrigen Tage ihren Anfang genommen haben. Von deutscher Seite sind Beamte des Handelsministeriums mit der Führung der Verhandlungen betraut. Es soll auch die Frage erörtert werden, inwieweit deutsche Bergbeamte von der französischen Verwaltung übernommen werden sollen. Die Verhandlungen haben noch nicht zu einem Ergebnis geführt.

### Das Opfer liegt, die Raben steigen nieder!

Mehrere holländische Blätter veröffentlichten Zuschriften, wonach die belgischen Privatleute, die Schadenersatzansprüche an Deutschland haben, phantastisch hohe Summen angeben, da ja Deutschland doch alles bezahlen müsse. Da aber inzwischen die belgische Regierung die Summen vorstrecken soll, sind die Behörden keineswegs geneigt, sofort solche Forderungen zu bewilligen. Infolgedessen werden zahlreiche Prozesse angehängt, allein im Bezirk Brüssel 300 000 solcher Streitfälle. Amsterdamer Blätter berichten über einen typischen Fall, wo eine Forderung von 65 000 Francs als Schadenersatz gegen Deutschland gestellt wurde, aber der Kläger sich sofort einverstanden erklärte, als ihm 3500 Francs angeboten wurden. (XV.)

### Die Revolution in Südslavien.

Die letzten in Wien eingetroffenen Nachrichten bestätigen, daß die Revolution in Südslavien sich zwar gegen die serbische Herrschaft richtet, dabei aber ein ausgesprochen bösches, wütendes Gepräge trägt. Die Bewegung ist im Verein mit der ungarischen Sowjetregierung von langer Hand vorbereitet worden und hat, wenn die Budapest Telegramme den Tatsachen entsprechen, das bisherige Regierungssystem völlig über den Haufen geworfen. Gleichzeitig muß aber betont werden, daß sich der Bewegung nur Kroaten und Slowenen angeschlossen haben, so daß noch ernste Kämpfe zwischen diesen und den Serben bevorstehen. Da die heute nachmittag eingelaufenen Nachrichten zum Teil unklar und widersprechend sind, kann angenommen werden, daß von Belgrad aus bereits eine Gegenaktion eingeleitet hat. (XV.)

### Kroatisch-ungarische Verbrüderung.

Budapest. Das ungarische Telegraphen-Korrespondenz-Bureau erhält von verschiedenen Orten der Demarkationslinie Meldungen über den Ausbruch der Revolution in Kroatien. Die Serben versuchen die kroatischen Revolutionäre durch Militär niederzukämpfen. An mehreren Orten kam es zu Zusammenstößen zwischen Serben und Kroaten. Weiteres Meldungen besagen, daß die kroatischen Soldaten in verschiedenen Städten die selbständige kroatische Republik ausgerufen und Kundgebungen für die ungarische Mätterepublik veranstaltet hätten. Stellenweise haben kroatische Soldaten die Demarkationslinie überschritten und verbrüdernd sich mit den ungarischen roten Soldaten.

### Ungarischer Heeresbericht.

(Eigener Drahtbericht.) Die Rumänen setzten dem Uebergang unserer Truppen über die Tisza an den meisten Stellen hartnäckigen Widerstand entgegen. Der Ansturm unserer Truppen brach jedoch überall die Kraft des Feindes. Wir machten große Beute, darunter 200 Eisenbahnwagen, 15 Kanonen und viele Maschinengewehre. Die Bevölkerung begrüßt unsere Truppen mit großer Begeisterung.

weit ins Land hinaus wird es wie ein befreiendes Atemzug sich dehnen:

Wir leben, wir schaffen!

### Antwerpens erwachender Hafen.

Der Hafen von Antwerpen, dessen früher so reges Leben durch die Blockade unterbrochen war, gewinnt allmählich wieder das alte Schauspiel rüstigen Handels und Wandels. Die Räderwerke im „Marin“ erzählt, sind es hauptsächlich die Amerikaner, die sich hier bereits mit ihren Waren heimisch gemacht haben; erst nach ihnen kommen die Engländer und Franzosen. Den Antwerpenern genügt aber die bisherige Inanspruchnahme durch die Verbündeten noch nicht; sie sind eifrig auf Rotterdam, wo noch immer der größte Teil des Handels sich vollzieht. „Wir wollen unsere Freunde bei uns sehen“, erklärte der Hafenkommandant Strauß, „und sie betrüben uns, indem sie zu unserm Nachbar gehen. Rotterdam kann wegen seiner geographisch unbequemen Lage niemals Antwerpen ersetzen. Wäßen denn die Holländer den größten Gewinn von unsern Verbündeten haben?“ Der private Handel, der im Hafen von Antwerpen sich schon wieder entwickelt hat, beträgt etwa 40 Proz. des Handels vor dem Anzuge; er beschränkt sich aber völlig auf die Einfuhr, denn die Ausfuhr ist vorläufig noch sehr schwach. Erst wenn die belgische Industrie wieder instand gesetzt ist, wird sie auch für die Ausfuhr arbeiten können.

Daß die Amerikaner im Antwerpener Hafen eine wichtige Basis für ihren Handel errichtet haben, sieht man auf den ersten Blick. Ueberall in Antwerpen trifft man auf amerikanische Uniformen; in den Cafés und den Tanzlokalen wimmelt es von amerikanischen Offizieren. Autos mit den amerikanischen Farben fahren durch die Straßen. Auch von verschiedenen Häusern flattern die amerikanischen Fahnen, und zwei Sammler bewachen den Eingang zu einer Straße, zu der der Zutritt den amerikanischen Soldaten durch große Anschläge streng verboten ist. Viel seltener sieht man auf französische Soldaten, und auch Engländern begegnet man nicht so häufig, so daß die Mädchen der schottischen Garden fast einen Aufmarsch der Strahenjungend hervorrufen. Das Gesamtbild des Hafens ist aber das lebhafter und angestrebter Arbeit: Warenmengen türmen sich an den Kais; die Arbeiter tragen Erde und rollen Kräfte, und wenn es auch noch nicht der Antwerpener Hafen von ehemals ist, so ist er doch jedenfalls aus seinem Schlafe wieder aufgestanden.

### Professur für Bekämpfung der Prostitution.

Die erste Professur für Prostitutionsbekämpfung in Berlin soll nach einem Antrag des Kultusministers Konrad Haenisch bei der medizinischen Fakultät der Berliner Universität dem früheren Berliner Volksgesundheitsrat Dr. Dreum zugewiesen werden. Wie die Korrespondenz „Berliner Redaktion“ mitteilt, erledigte sich durch diese außerordentliche Nachricht die tendenziöse Falschmeldung der „Deutschen medizinischen Wochenschrift“ des Geheimrats Schwabe, in der gesagt wurde, der Kultusminister wolle Dr. Dreum als Professor für salvarsanlose Syphilisbehandlung bestellen, wozu indessen nicht dessen geringe wissenschaftlichen Verdienste, sondern nur sein demagogischer Kampf gegen das Salvarsan die Veranlassung geboten hätten.

Die Falschmeldung des Geheimrats Schwabe und der daran geknüpfte Kommentar stellen sich als Fortsetzung des schon lange von einer unter dem alten Regime allmählich wissenschaftlichen Alike geführten Unterdrückungskampfs dar, unter dem unter andern ja auch Professor Friedmann zu leiden hatte, der Funder des jetzt so hohen Ehren gekommenen Tuberkulosemittels, das so lange von Geheimrat Schwabe, Ministerialdirektor Kirchner und bekämpft wurde. Dr. Dreums Verdienste sind bekannt. Seine Vorschläge für die Prostitutionsbekämpfung wurden von der bevollmächtigten Kommission der Preussischen Landesversammlung angenommen. Ministerialdirektor Kirchner, Dreums Gegner, mußte schon am 23. Mai 1914 im Preussischen Herrenhause offen die Leistungen Dreums anerkennen.

Andrer Ansicht soll aber, so will die „Post. Ztg.“ wissen, die medizinische Fakultät sein. Sie hält Dreum nicht für einen geeigneten Lehrer und ist der Ansicht, die „moderne Prostitutionsbekämpfung“ sei als Lehrgegenstand für Studenten nicht geeignet. Die Ansicht ist, gelinde gesagt, höchst merkwürdig (welche Jahreszahl schreibt die Fakultät?). Der Fall deutet auf Sturm zwischen Haenisch und Fakultät.

### Notizen.

— Theater. In der Volksbühne wird am 25. Juli die Satire „Der heilige Florian“ zum 25. Male aufgeführt. — Im Friedrich-Wilhelmsstädtischen Theater, das vom Herbst ab von der Gesellschaft „Erdenburg“ gepachtet wurde, sollen Singspiele und Lichtspiele zur Aufführung gelangen. — Im Bahnhalle-Theater wird die „Kleine Elvira“ zum letzten Mal am 27. Juli mit Ida Orloff wiederholt.

— Völkerrecht-Professuren, die an allen größeren preussischen Universitäten eingerichtet werden sollen, fordert die Deutsche Liga für Völkerbund in einer von Geheimrat Niemann-Kiel verfassten Denkschrift an das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung. Verlangt wird, daß das Völkerrecht als reguläres Prüfungsfach anerkannt und auch an allen hohen Schulen und Volkshochschulen gelehrt werde. Auf den Schulen müssen keine Lehrer als wichtiger Teil staatsbürgerlichen Unterricht zur Geltung kommen.

— Revolution und Zeitstil. Das soeben erschienene siebente Heft vom „Nachricht für Holzarbeiter“, das der Deutsche Holzarbeiter-Verband herausgibt, wird eingeleitet durch eine Betrachtung über den Einfluß revolutionärer Umwälzungen auf den „Zeitstil“.

— Von Berliner Hochschulen. Der Freiburger Volkswirtschaftslehrer Sauter-Gävernitz hat den an ihn eingegangenen Ruf an die Handelshochschule Berlin, als Nachfolger Sombarts, angenommen. — Der frühere Minister Dreum wird an der Verwaltungsakademie Vorlesungen über die Verwaltungsreform halten.

— Im Kaiser-Friedrich-Museum wurde ein von Dyck neu aufhängt, eine fast einfarbige Skizze, die eine Andeutung der Hirten darstellt.

— Die Wandener Kunstausstellung wird in diesem Jahre erstmals neben einer juristischen Abteilung zeigen, jene für Künstlergenossenschaft und Sezession, diese für die Luitpold-Gruppe und die Gruppen Wagner und Bunn.

### Rohstoffmangel.

Von Paul Haupt.

Ziegelhäuser zu Ziegelhäusern mit schiefwinkligen Glasdächern, die wie die Zähne einer Säge gegen den Himmel stehen. Dahinter hohe, zwei- und dreistöckige große Fabrikhäuser mit großen, breiten Fenstern, in denen Sonnenglanz wie Blei und Weißing liegt. Kachelöfen, Schornsteine, die rauchlos in die Luft ragen.

Eine tote Stadt ohne Leben und Regen. In den Losen beginnt Wind und Graß zu leimen, aus den Transmissionen unter dem Schuttdach fliegen die Spaten ein und aus, Karren stehen mitten auf den trägen Gleisen. Hohl tönt der Schritt des Wächters zwischen den Werkstätten, den Häufen von halbfertigem und verstaubtem Eisenzeug.

In den Werkstätten der Maschinen, nur gerade ausgerichtet wie Soldaten, blickt einander wie verblühte Hunde an, als kurrten sie: „Wißt Ihr nicht, daß sich der Rost, der Staub an uns drängt. Rost! Ich, so rost! Ich.“ Die Riemen hängen schlaff an den Wellen, Segel, die kein Wind treibt. Staub auf den Schneidmaschinen, von denen sonst eine Platte Eisen nach der andern flug.

Die großen Riffel, Dynamos, pochen mit ihren sählernen Gliedern, als wären sie mitten in der Brüst versteinert; die Ventilatoren über ihnen drehen ihre Ohren der Stadt zu, als forschten sie, wann das Gemurmel hundert heranziehender Menschen sich nähert; wenn morgens die Sonne aufgeht, blinken und blinzeln die östlichen Fenster hinüber zur Stadt, als wollten sie die ersten sein, die den Werkstätten, den Maschinen zuzurufen: sie kommen, sie kommen wieder!

Der Wächter schließt jeden Morgen die kleine Pforte auf, steht bei ihr, bis der Riesträger die Zeitung bringt. Er durchflügelte sie, geht geduldig ruhig zu seiner Wohnung, er braucht das große Tor vorläufig nicht aufzuschließen.

Es ist aber noch ein anderes, das den Werkstätten, den Maschinen Kunden wird, wann ihre Ruhe vorbei ist; das sind die Drähte, von der Stadt über der Landstraße bis zur Fabrik, die Schienen unter ihnen. Sie werden zittern, ehe die Ventilatoren die Rabenden hören; noch wenn die Fenster die ersten Wagen voll Menschen, die hinter der Wegbegleitung heranzurufen, nicht sehen können, werden sie schwingen, wird der Strom in ihnen fließen und singen: Sie kommen, sie kommen!

Dann werden die großen Maschinen ihre sählernen Glieder wieder erwachend regen, dann werden die Spaten entschließt sich andere Rester suchen, den Staub griesgrämig aufwirbeln, wird der Rost von den laufenden Rädern gerrieben werden, die Eisenwege ihre Gestalt unaufhörlich verändern.

Aus den Werkstätten wird es schwingen und schallen und hämmern, aus den Schornsteinen wie Siegesfanen in die Luft flattern: Welt,

## Die Abtretung Nordschleswigs.

Der dänische Reichstagsausschuss für Nordschleswig hielt am Donnerstag zwei geheime Sitzungen ab. Ministerpräsident Zahle sprach sich nach dem amtlichen Referat über die Grundzüge aus, die bei dem Uebergange von dem jetzigen Rechtszustande in Schleswig zur dänischen Gesetzgebung zur Anwendung gebracht werden sollen. Finanzminister Brandes machte Mitteilungen über die wirtschaftlichen Fragen bei der Wiedervereinigung, indem er u. a. die Regeln darlegte, wonach Dänemark wahrscheinlich die Entschädigungen bei der Uebernahme zu entrichten haben wird. Zur Behandlung dieser Frage wurde ein besonderer Unterausschuss eingesetzt. Der Handelsminister machte Vorschläge für die Einführung einer dänischen Seegesetzgebung in Nordschleswig. Schließlich empfing der Ausschuss eine Deputation nordschleswiger Bankinstitute. Der Vorsitzende Bankdirektor Huebbe aus Hadersleben trug die Wünsche der verschiedenen vertretenen Institute bei der geplanten Errichtung einer Abwicklungskasse vor.

## Die in Polen internierten Deutschen werden freigegeben.

Auf die in mehreren Raten der Deutschen Waffenstillstandskommission in Berlin gerichtete Bitte, seinen Einfluss bei der polnischen Regierung für die Freigabe der von den Polen internierten Deutschen geltend zu machen und die Polen von der Bereitwilligkeit der preussischen Regierung zu Verhandlungen über die Freigabe der beiderseitig Internierten in Kenntnis zu setzen, ist nunmehr mitgeteilt worden, daß die polnischen Behörden weitgehende Maßnahmen für die Freilassung getroffen haben. Seit der Friedensunterzeichnung sind 1700 Personen, darunter 37 Frauen in Freiheit gesetzt worden. Nur 7 Frauen bleiben interniert, von denen 6 freiwillig die Freilassung ihrer Männer erwarten. Die siebente ist krank und befindet sich im Krankenhaus in Behandlung. Die Freilassung der Internierten nimmt ihren Fortgang.

## Annahme des Zündwarenmonopols.

Der zwölfte Ausschuss der Nationalversammlung beschloß mit 17 Stimmen des Zentrums und der Sozialdemokraten gegen 11 Stimmen die Einführung eines Herstellungsmonopols für Zündwaren bis spätestens 31. März 1921.

## Kesseltreiben gegen einen Lehrer.

### Wozu der Landarbeiterstreik gut war.

Ein pommerischer Lehrer schreibt uns: Meines Wissens bin ich der einzige Landlehrer im Regierungsbezirk Straßburg, der sich zur S. P. D. bekennt. Zahlreich bin ich schon drangsaliert worden. Bei der letzten Kornverteilung erhielt ich kein Korn, der Besitzer des hiesigen Majorats, ein jugendlicher Graf, ließ mir durch den Oberinspektor sagen, ich besäme überhaupt nichts mehr, ich hebe die Leute auf.

Da ich dem jungen Herrn keine selbständigen Handlungen zutraue, schrieb ich an seinen Onkel, der mich anfänglich der Kreisjagdwächter besuchte hatte. Ich schrieb ihm, daß der Grund, weshalb mit den Leuten nichts anzufangen sei, nur in der Behandlung zu suchen sei. Ich erwähnte folgenden empörenden Vorfall: Ein Arbeiter wurde in Gegenwart des Oberinspektors von dem Sohne des Statthalters geschlagen und von dessen Hund gebissen. Der Oberinspektor drohte ihm mit weiteren Schlägen und Brutalitäten.

Auf meinen Brief bekam ich eine Antwort, in der folgendes stand:

„Nachdem Industrie und Verkehrswesen durch die Sozialdemokraten zugrunde gerichtet sind, soll nun auch noch die Landwirtschaft nachfolgen. Falls diese Herren wirklich Idealisten sein sollen, welche mit ihren Wahntheorien das Volk zum Glück führen können — so muß sie ja Grauen und Verwerfung finden. Ihre Stellung wird immer für Sie unerträglich bleiben, schon weil die Leute verlangen, daß ihre Kinder Religionsunterricht erhalten.“

Bei Gelegenheit des Landarbeiterstreiks wurde neben anderen auch ich nun plüschlich verhaftet. Die ganze Angelegenheit war ein wohlüberdachtes und vorbereitetes Manöver. Die Verhaftungen hatten mit Unruhen nicht das geringste zu tun. Sie waren zur Sprengung des Landarbeiterverbandes bestimmt, denn die Verhafteten waren die Vertrauensleute der Ortsgruppen des Verbandes, die von den Besitzern, Inspektoren und Pächtern angegeben worden waren. Zugleich suchte man damit einen Schlag gegen den Sozialismus zu führen. Der Graf hat sich geäußert, er wolle dafür sorgen, daß ich aus dem Ort herausläufe. Man suchte mich in Anstalt und Anstalt zu schicken durch meine Verhaftung. Man streute das Gerücht aus, ein Jahr wäre mir sicher. Dann würde sich niemand wieder zum Vertrauensmann hergeben und der Verband wäre gesprengt.

In verschiedenen Eingaben habe ich mich an das Kultusministerium gewandt. Vergebens. Ich bin umstellt wie ein wildes Tier. Die Menge gegen mich wird nicht aufhören. Von den Behörden ist mir noch kein Zeichen des Besandes geworden. Wann werde ich endlich einmal Hilfe und Beistand zu erwarten haben?

Dieser Silberfuchs entrollt ein erschütterndes Bild von der schamlosen Hebe einer brutalen Herrenmenschenclique gegen Andersdenkende. Er deutet auf, wozu die Leute in den Streik getrieben, das Militär mißbraucht werden sollte. Nicht nur der Landwirtschaft, auch der Kultusminister hat in den pommerischen Agrarbezirken schonungslos aufzuführen. Den verfolgten Beamten und Arbeitern muß sofort Hilfe und Beistand werden.

## Die Senkung der Lebensmittelpreise.

Nichts dokumentiert deutlicher die allmähliche Rückkehr zu besseren Ernährungsbedingungen, so schreibt die „Frankfurter Volksstimme“, als der rapide Preisanstieg an der Brotmarkenbörsen. Während man bisher 2 M. für eine Brotmarke bezahlen mußte, gilt eine solche jetzt nur noch 40 Pf., und es fängt zu erweichen, daß ihr Kurs noch weiter sinken wird. Ein ähnlicher Preisanstieg ist bei der Schokolade zu beobachten, die durchschnittlich jeden Tag eine Mark billiger geworden ist. Auf der Frankfurter Zeil bekam man eine Tafel Schokolade schon für 4 Pf. angeboten. Toilettepreise wurden von ihren Großhändlern an ihre Filialen zu 50 Pf. für das Stück verkauft. Bei der Wucherung dagesegen herrschen noch große Preisunterschiede. Je nachdem es sich um Kondensmilch oder flüssige sterilisierte Milch handelt. Diese wird jetzt von der Stadt zum Preise von 3,60 M. für den halben Liter verkauft.

## Mordprozeß Neuring.

(Schluß aus der Abendausgabe.)

Die Vernehmung des Zeugen Bohrmann wird fortgesetzt. Vorsitzender: Und wie ist das mit der Belohnung von 10 000 Mark?

Zeuge: Ich brauche keine Belohnung, ich bin nicht in Not. Ich habe meine Sparkassenscheine mitgebracht, um zu zeigen, daß das nicht wahr ist.

Zeuge Rupprecht, Beamter der Militärpolizei, gibt an, daß er kurz nach der Ermordung etwa um 4 Uhr auf der Brücke war. Es stand noch ein Maschinengewehr in einer Nische und bei diesem Maschinengewehr stand noch der Angeklagte Viehisch.

Angelagter: Ich kann ja gar kein Maschinengewehr bedienen. Vorsitzender: Das hat der Zeuge ja auch nicht gesagt, sondern nur, daß Sie neben dem Maschinengewehr gestanden haben.

Zeuge Wüffel kam von der Arbeit und hörte von der Ermordung. Er begab sich darauf — um zu sehen, was eigentlich los sei — nach dem Blochhaus, in dem die Reuerekommission tagte. Dort war das Sitzungszimmer in eine Waffenkammer umgewandelt. Viehisch gab auch am nächsten Tage noch die Waffen aus. Viehisch war auch mit einem Revolver bewaffnet. Bei der Räumung des Blochhauses wurden aber Maschinengewehre und schreiende Waffen nicht ausgeliefert. Viehisch hat erzählt, daß er am 12. April, also am Tage zuvor, 50 Revolver verteilt habe. Viehisch hat im Blochhaus gesagt, ich bin im Ministerium gewesen, ich habe mitgeholfen, den Neuring herunterzuholen.

Ich habe ihn auch gesehen und eins mit dem Kolben in den Rücken gegeben. Ich habe ihn auch einige blaue Wunden nachgeschickt, der Lump hat nichts anderes verdient.

Vorsitzender: Dann hätten Sie ihn doch gleich verhaften lassen sollen.

Zeuge: Wie konnte ich das, wo so viele von meinen Freunden herumstanden. Ich habe später Anzeige gemacht und bin auch bemüht gewesen, als Beamter der Militärpolizei seinen Aufenthalt zu ermitteln.

Angelagter Viehisch (mit weinerlicher Stimme und in großer Erregung): Herr Vorsitzender, nicht ein Wort ist wahr, so wahr ich hier stehe. Gott ist mein Zeuge. Der Zeuge hat einen Meineid geschworen, das ist so wahr, als Gott mein Zeuge ist. Dieser Mann hat unweigerlich gezeugt. Der Angeklagte beschuldigt dann den Zeugen, daß er selbst in der Reuerekommission den Befehl gegeben habe, einen

Schiessensrang der Bahn zu sprengen.

Der Zeuge bestreitet das. Er sei zwar in der Reuerekommission gewesen, und dort habe man beschlossen, den Zug nicht durchzulassen, der Regierungstruppen heranzubringen sollte. Der Befehl sei aber nicht ausgeführt worden. Auch die Behauptung des Angeklagten Almer, daß er, Zeuge, ihm ein Gewehr gegeben mit dem Auftrag, auf Regierungstruppen zu schießen, bezeichnet Zeuge als unrichtig.

Der Zeuge Wüffel bezeugt weiter über den Zeugen Busch, daß er diesen für geistig minderwertig halte. Busch habe dem Finanzminister Rißke erklärt: er wolle dafür sorgen, daß der Prozeß für die Regierung entschieden würde, man müsse ihn aber wieder einstellen. Das wurde abgelehnt. Er hat auch erklärt, daß er das Hauptbeweismaterial zusammentragen könne und daß ihm dafür der Löwenanteil von 7000 M. aus der Belohnung zugesichert sei.

Zeugin Seidel bezeugt, daß der Angeklagte Arends ihm hinterher sagte, er habe mitgewirkt. Arends sei aber ein Bräuer. Sachverständiger Dr. Oppenheimer ist über die Glaubwürdigkeit des Zeugen Busch. Er hält diesen für einen Querulanten und möchte ihm nicht die volle Glaubwürdigkeit, die man an einen Zeugen stellen soll, zubilligen. Der Angeklagte Thamm ist erblich belastet.

Zeuge Schuhmacher Tscharsch erklärt, ein Gefreiter habe ihm am 12. April gesagt, er habe Neuring eins mit dem Kolben gewinkt und ihn in die Elbe geworfen.

Vorsitzender: Erkennen Sie diesen Gefreiten unter den Angeklagten wieder?

## Särendienst der „Freiheit“.

Die „Freiheit“ fühlt sich bemüht, dem republikanischen Führerbund gegen die zahlreichen Anfeindungen, denen er ausgesetzt ist, hilfreich zur Seite zu treten. Aber die Art, wie sie das tut, ist natürlich demart, daß wir gezwungen sind, den republikanischen Führerbund auch gegen diesen zweifelhaften Särendienst in Schutz zu nehmen.

Wie üblich, sind die Behauptungen dieses edlen Organes ebensojoviale Verdrehungen und Lügen. Mit dem ihm eigenen Gang zur Wahrheit schreibt es:

„Herr Koske duldet diesen monarchistischen Skandal nicht nur, sondern er fördert ihn sogar noch, indem er dem republikanischen Führerbund jede Propagandatätigkeit innerhalb der Armees unterlagert, während er zu gleicher Zeit den monarchistischen Offizieren für ihre staatsfeindliche Agitation den vollsten Spielraum läßt.“

Nach den Erklärungen des Reichswehrministers dürfte nunmehr selbst die „Freiheit“ kaum noch im Zweifel über seine Stellung zum republikanischen Führerbund sein. Das, was er unter allen Umständen erstreben muß, ist ein unpolitisiertes Heer als zuverlässiges Machtinstrument in den Händen der Regierung. In diesem Ziele wissen wir uns völlig mit ihm eins. Wir hätten es freilich lieber gesehen, wenn er den republikanischen Führerbund etwas freundlicher aufgenommen hätte, denn unseres Erachtens besteht zwischen diesem und dem Nationalverband deutscher Offiziere doch insofern ein erheblicher prinzipieller Unterschied, als der letztere offen eine monarchistische Propaganda treibt, also regierungs- und staatsfeindlich wirkt, der republikanische Führerbund dagegen lediglich die demokratisch-republikanische Staatsauffassung im Heere festigen und dadurch der Regierung dienen will.

Ebenso wenig wie unter dem alten Regime Vereine als politisch angesehen wurden, die ganz allgemein auf dem Boden der Kaisertruppe standen, kann heute ein Bund als politisch angesehen werden, der lediglich die republikanische Gesinnung im Heere, unabhängig von aller Parteipolitik, pflegen will.

Aber die „Freiheit“ lügt, wenn sie behauptet, daß Koske dem republikanischen Führerbund die Loyalität im Heere „unterlagert“ hätte. Unserer Auffassung nach deutet sich der Standpunkt des Reichswehrministers vollkommen mit dem, den sein Referent Bernhard Rauch in einem Artikel der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 20. Juli zum Ausdruck gebracht hat. Auch hier verdringt die „Freiheit“ die Tatsachen mit dreister Stirn, wenn sie schreibt:

„Dieser Herr spricht in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ dem Bund „jede Existenzberechtigung“ ab. Gegen die monarchistischen Offiziere hat er nichts einzuwenden. Sie können offen und geheim den Umsturz der Verfassung vorbereiten und für die Rückkehr der Hohenzollern agitieren.“

Genosse Rauch hat ganz im Gegenteil in seinem Artikel deutlich zum Ausdruck gebracht, daß dort, wo reaktionäre Staatsfeindschaft bewußt austritt, energisch eingegriffen werden muß. Dem republikanischen Führerbund hat er die Existenzberechtigung auch nur für den Fall abgesprochen, daß durch ihn „partei-politisches Gezänk“ in die Reichswehr

Der Zeuge bezeichnet den Angeklagten Almer mit Bestimmtheit.

Zeuge Oahn bezeugt auf Befragen der Verteidigung nochmals, daß er nur sagen könne, der Angeklagte Viehisch sei mit beim Hineinwerfen des Ministers Neuring in die Elbe beteiligt gewesen.

Von der Verteidigung wird die Anberaumung eines Lokaltersminis zu morgen angeregt.

Das Gericht beschließt, den Zeugen Busch auf Grund des ärztlichen Gutachtens unzureichend zu lassen.

In der Nachmittags Sitzung wurde eine Reihe Entlastungszeugen vernommen, die von der Verteidigung gestellt sind.

Der Zeuge Barth bezeugt, daß Neuring von einer Menschenmenge zur Brücke geschleppt wurde. Einige Minuten lag er auf dem Pflaster, dann hieb es auf einmal „anfasseln“. Er wurde auf das Brückengeländer gehoben. Als er sich mit der Hand festklammernte, wurde

mit Stöcken krauslos geschlagen.

Der Zeuge kann nicht sagen, ob einer der Angeklagten mit dabei war, da ihm keiner von früherher bekannt ist. Eine Reihe von Zeugen gibt an, daß der Angeklagte Gottlüber zu verschiedenen Zeiten an anderen Stellen von ihnen in der fünften Stunde gesehen worden sei. Ein Zeuge sagt aus, Gottlüber habe auf seine Frage zu ihm gesagt, ich bin froh, daß ich weg bin. Die Freundin des Angeklagten Hehnemann gibt an, daß dieser ihr gesagt habe, ich habe mit der Sache nichts zu tun gehabt. Er habe ihr aber dann mitgeteilt, daß er es übernommen habe, die Spartakisten im Blochhaus mit Gewehren, Munition und Lebensmitteln zu versorgen. Als die Zeugin das nicht glauben wollte, zeigte er ihr einen Ausweis.

Zeuge Handlungsgehilfe Oeder gibt an, Hehnemann habe am Tagort zur Ruhe gemahnt und vor Anäherlichkeiten gewarnt. Er habe geraten, nichts zu unternehmen, bevor nicht die Parteileitung (kommunistische Partei) Stellung genommen. Ein Zeuge sagt aus, daß der Angeklagte Viehisch am nächsten Tage erklärt habe, es sei nicht schön, daß es so gekommen sei. Wenn es nach ihm gegangen wäre, dann hätte man anders gehandelt.

Es folgt eine Französin, Fräulein Corneliuß. Die Schieberei ging los. Dann brachte man einen Mann mit einer Brille angeschleppt, und da hieb es, das ist der Minister. Sie haben ihn mit Krücken geklopft.

Ein Soldat lächelt: „Schlagt ihn tot!“

Man schlug mit Kolben auf seinen Kopf; er fiel zu Boden. Man hob ihn aufs Geländer und rief:

„Schmeißt ihn in die Elbe!“

Dann haben sie ihn in die Elbe geschmissen. Vorher hatte sich der Minister aber an das Geländer gekrampft. Ein Mann schlug ihm mit einem Kräftod auf die Hände. Ein Matrose hatte ein Messer in der Hand und wollte nach ihm stechen. Der Minister wehrte das mit der Hand ab und fiel dabei von der Brücke hinunter. Die Zeugin sagt, daß der Matrose nachher an der Hand blutete. Von der Brücke wurde dreimal auf den Minister geschossen. Das geschah von demselben Soldaten, der den Minister mit dem Gewehrkolben auf den Kopf geschlagen hatte. Eine Frau hat auch mit der Hühner auf den Minister losgeschossen. Einer unter der Menge heulte immer die Leute auf, daß sie noch mehr tun sollten und dem Leben anderer Minister auch ein Ende machen müßten. Am nächsten Sonntag sah die Zeugin den Mann wieder in der Menge, wie er die Leute aufputschte.

Auf die Frage des Vorsitzenden, ob dieser Mann sich unter den Angeklagten befinde, sagt die Zeugin: Nein, die Leute sind unerschuldig. — Sie tritt dann an die Zeugenbank, weist auf den Zeugen Busch und sagt: Über dieser ist der Schütze! (Große Bewegung.) Die Zeugin bezeugt mit Bestimmtheit, daß der Angeklagte Viehisch nicht einer von denjenigen gewesen sei, die nach Befragung des Busch auf den Minister eingeschlagen hätten.

Nach einigen weiteren Vernehmungen wird die Verhandlung auf morgen vertagt.

getragen würde, denn ein Heer, das ein politischer Diskursierklub ist, ist militärisch unbrauchbar.

Auch unser Ideal ist — um es nochmals zu betonen — ein völlig unpolitisches Heer als zuverlässiges Machtinstrument der demokratischen Regierung. Gerade hier trennen sich unsere Wege von denen der Unabhängigen, die gern die Politik ins Heer tragen möchten, um es zu zerplündern und zu zermürben. Die Geschichte dieser Revolution hat oft genug bewiesen, wohin es führt, wenn eine Armee politisiert wird. Sie fällt dann naturnotwendig auseinander. Gerade um dahin zu gelangen, daß die Politik bald völlig aus dem Heer verschwindet, begrüßen wir in der gegenwärtigen Uebergangszeit die Bemühungen des republikanischen Führerbundes, der die Anerkennung der republikanischen Grundlagen des Deutschen Reiches zu einer Selbstverständlichkeit bei jedem Soldaten der Republik machen möchte.

Ebenso wie wir dürfte der republikanische Führerbund sich aber bestens für die Särendienste bedanken, die ihm die „Freiheit“ mit beschämlichem Augenverdrehen leisten möchte.

## Die Untersuchung der Januarunruhen.

Der Untersuchungsausschuss der Preussischen Landesversammlung wegen der Unruhen hat heute zuerst den Zeugen Gerken, den Nachfolger von Bruns in der Leitung des Sächsischen Sicherheitsdienstes. In den Verhandlungen zwischen Eichhorn und Gerken am 6. Januar machte der Zeuge den Vorschlag, die Parteien sollen in Beilegung der Leitung des Sicherheitsdienstes zum Vollzugsrat fahren und von ihm bestimmen lassen, wer rechtmäßig Polizeipräsident sei. Eichhorn lehnte ab und erklärte, er weiche nur bei Gewalt. Wegen der großen Waffenbeschlagnahme, denen der Zeuge durch Zufall auf die Spur kam, hat er Eichhorn einmal zur Rede gestellt. Eichhorn erwiderte, die neu angeschafften Waffen wären für die Schammajnschaft bestellt, und wies eine weitere Auseinandersetzung aus. Zeuge Offizierstellvertreter Minckelst ist Adjutant und stellvertretender Kommandeur des Garde-Bionier-Bataillons. Am 6. Januar, kurz nach 7 Uhr, begannen die Unabhängigen und Spartakisten die Pionierkaserne mit Artillerie zu beschützen. Die Pioniere hielten sich unter starken Verlusten und gingen dann einen Waffenstillstand ein. Unmittelbar darauf wurde die Kaserne von Zivilisten überfallen, und die Pioniere schlossen einen Vertrag, durch den sie sich für neutral erklärten. Ein Feldwebel der Pioniere setzte bei Sturm durch, daß die Zivilisten aus der Kaserne zurückgezogen wurden und nur 20 Mann als revolutionäre Vertrauensleute zur Aufsicht dort blieben. Diese 20 Mann wurden dann in der Nacht vom 7. zum 8. Januar vom 8. Garderegiment auf Veranlassung der Pioniere festgenommen und aus der Kaserne hinausgeworfen. Die Pioniere haben sich dann an der Ueberräumung des Sächsischen Bahnhofs beteiligt. Zeuge Abgesandter Lange von den Pionieren sagte im gleichen Sinne aus. Der Waffenstillstand wurde von den Unabhängigen gebrochen und zur Eroberung der Kaserne mißbraucht. — Der Ausschuss hofft morgen das Zeugenverhör wegen der Januarunruhen im wesentlichen zum Abschluß zu bringen.

Die richtige Firma. Der Verein zur Bekämpfung der Sozialdemokratie ist seit dem 9. November 1918 von der Bildfläche verschwunden. An seiner Stelle ist die heutige U. S. P. D. getreten.

# Generalversammlung des Deutschen Textilarbeiterverbandes.

Flauen, 23. Juli 1919.

Bei Fortsetzung der Diskussion über den Bericht des Vorstandes kam zunächst der Vertreter des deutschen Gewerkschaftsbundes, Genosse Cohen-Berlin zum Wort. Der Krieg sei von der Generalkommission bis zum letzten Augenblick bekämpft worden. Er war nicht nur ein Resultat der verberblischen Tätigkeit des deutschen, sondern auch des Imperialismus der anderen kriegsführenden Staaten.

Gruppe-Jwidan behauptet, daß die ganze bisherige Diskussion auf das politische Gebiet verschoben worden sei. Von größerer Wichtigkeit sei, ob der Zentralvorstand nach dem 9. November, und insbesondere das Informationsbureau der Arbeiterschaft ausreichend Waffen zur Führung der wirtschaftlichen Kämpfe geliefert habe. Und da müsse er bedauern, sagen zu müssen, daß dies nicht geschehen sei. Millionen Mark an Lohnerhöhungen seien dadurch verloren gegangen.

## 3. Verhandlungstag.

Wagner-Barmen meint, man habe so viel von Einigkeit gesprochen, aber das sei doch klar, daß die linke Seite nicht von ihrer Meinung absehen könne, sie sei deshalb nur möglich, wenn die rechtsstehenden Genossen bedingungslos kapitulierten. Gefühlsmäßigkeit könne es nicht geben, daher fort mit allen Leuten, die unser Vertrauen nicht mehr besitzen. — Dons-Bremen würde es lieber gesehen haben, wenn wir uns mehr mit den Internas unserer Organisation beschäftigten hätten. Es sei aber notwendig, nachdem man von der linken Seite soviel Schiefheiten vorgetragen habe, darauf einzugehen. Deutschland allein sei am Kriege nicht schuld, der Imperialismus in den Entente-Ländern sei genau so mächtig. — Köhlmann-Falkenstein hält die Zustimmung zum „Vorgfrieden“ für das Verberblächste für die Gewerkschaften. Jedes selbständige Leben habe damit aufgehört, von da datiere der große Rückgang der Mitglieder. Und erst nachdem derselbe gefündigt und wieder freie Hand bekommen habe, begann der Wiederaufstieg.

Nödel-Stuttgart rechtfertigt in seinem Schlusswort noch einmal seine Stellung zur Politik des Vorstandes und der Redaktion. Nach seiner Meinung müsse ganze Arbeit geleistet werden. Er achte die Ueberzeugung anderer, aber wenn die Redaktion nicht schreiben könne, wie es die Mehrheit der Mitglieder verlangt, so müßten uns eben unsere Wege trennen. Wenn Cohen verlange, man solle auch beim Zentralvorstand nicht auf halbem Wege stehen bleiben, so wisse der Verbandstag selbst, was er zu tun habe.

Zentralvorsitzender Hübsch-Berlin sagt in seinem Schlusswort: Klärung sei notwendig, aber was habe denn die bisherige Diskussion ergeben? Es gehe entschieden zu weit, wenn man fordere, jeder, der eine andere Meinung habe, könne nicht mehr Funktionär des Verbandes sein. Wenn er gezwungen werde, entweder seine Ueberzeugung zu ändern, oder seine Wege zu gehen, so wähle er als ehrlicher Mann das Letztere. Dasselbe gelte auch für die Redaktion, mit der sich der Vorstand solidarisch erkläre. Alles, was man getan, war diktiert von der Ueberzeugung, der Textilarbeiterschaft aufs Beste zu dienen.

Wagner-Berlin rechtfertigt noch einmal die Schreibweise des „Textilarbeiter“ und geht im einzelnen auf die vorgebrachten Beschwerden ein. Er könne sich trotz der Auslassungen der einzelnen Redner nicht zur Auffassung durchringen, daß es möglich sei, über Nacht zum praktischen Sozialismus zu kommen. Nur auf dem Wege der Entwicklung könne das erreicht werden; diese Auffassung werde er auch in Zukunft vertreten.

Jädel-Berlin sieht ein, das Informationsbureau hätte nicht mehr leisten können, aber es hätte an Kräften gefehlt. Seines Bewinungswechsels brauche er sich nicht zu schämen, wenn man einsehen, einen Fehler begangen zu haben, so sei es eine Ehre, dies zu bekennen.

Folgende Resolution wird in namentlicher Abstimmung mit 206 gegen 52 Stimmen angenommen:

„Der Verbandstag lehnt die während des Krieges von den Gewerkschaftsleitungen gestützte Politik des 4. August ab. Er verurteilt die Schreibweise des „Textilarbeiter“ und bedauert, daß der Vorstand diese Schreibweise gebilligt hat. Er erwartet von der künftigen Tätigkeit des Vorstandes und der Redaktion Stärkung der Arbeiterposition im Sinne der revolutionären sozialistischen Gewerkschaftsgrundsätze.“

Die Resolution „Zwangswirtschaft als auch eine solche die Ferienfrage betreffend werden einstimmig angenommen.

Die erste lautet:  
„Der Verbandstag des circa 370.000 Mitglieder zählenden Textilarbeiterverbandes erhebt schärfsten Protest gegen die von einschüchtern Stellen der Regierung erstritte und von den organisierten Textilunternehmern härmlich geforderte Proklamierung der freien Wirtschaft in der Textilindustrie. Er erblickt in der Beseitigung der gebundenen Wirtschaftsweise nicht nur eine Schädigung der Interessen der Textilarbeiterschaft, sondern auch eine dauernde Schädigung der Interessen der Befamnation.  
Der Verbandstag fordert zum Zwecke der Bekämpfung der die Textilwirtschaft hemmenden Kräfte:

1. Sofortigen Umbau der bestehenden bürokratisch reglementierten Wirtschaftsorganisationen durch Schaffung von Zwangsorganisationen der einzelnen Textilindustriegruppen unter Beteiligung aller in Betracht kommenden Faktoren (Staat, Unternehmer, Arbeiter und Angestellte, Konsumenten) bei vollster Wahrung der Parität.
  2. Weitergehende Demokratisierung der Betriebe.
- Der Verbandstag fordert, solange vorstehende Forderungen

nicht voll durchgeführt sind, für die Uebergangszeit zum Zwecke der Bekämpfung des Schleichhandels Stellung der bestehenden Selbstverwaltungskörper der Textilindustrie unter Kontrolle und Verwaltung der organisierten Arbeiterschaft, Bildung von Betriebsräten und Heranziehung der Betriebs- und kommunalen Arbeiterräte mit Exekutivgewalt und Verpflichtung derselben zu regelmäßiger Berichterstattung an die Reichsstelle für Textilwirtschaft und die in Frage kommenden Reichswirtschaftsstellen.“

Auch die Resolution zum Forschungsinstitut für Textilindustrie wird einstimmig angenommen. Sie fordert, daß zur Verwaltung der Forschungsinstitute ein Kuratorium, dem auch Arbeiter angehören sollen, eingesetzt wird, mit dem Sitz in Sachsen.

# Gewerkschaftsbewegung

## Tarifverhandlungen der städtischen Arbeiter.

Der Zentralausschuß hatte bekanntlich den streitenden Parteien einen Vergleichsvorschlag unterbreitet, der dahin ging, daß die jetzigen Tariflöhne bis zum 1. Oktober weitergezahlt und daneben eine sogenannte Uebergangshilfe im Betrage bis etwa 20 M. pro Kopf und Woche gewährt werden solle. Die Arbeiter haben diesem Vergleichsvorschlage zugestimmt! Die Gemeindeverwaltungen hatten zu Donnerstag, vormittags 10 Uhr, die Vertreter der Arbeiter zu einer nochmaligen Besprechung des Vergleichsvorschlages eingeladen. Die Besprechung fand im Sitzungssaale der Stadtverordneten in Berliner Rathaus statt. Stadtrat Dr. Sedt erklärte namens städtischer Gemeinden, daß sie bereit wären, vom 1. Juli bis zum 1. Oktober an alle Personen, die unter den Tarifvertrag fallen, unterschiedslos 10 M. pro Woche auszusahlen. Außerdem sollen die städtischen Arbeiter, Angestellten und Beamten durch die Uebervermerungsstelle billige Textilwaren (Anzüge, Wäsche, Stiefel u. dgl.) beziehen können. Der Magistrat werde etwa 5 Millionen M. für diesen Zweck bereitstellen.

Die Arbeitervertreter hielten angesichts dieser neuen Vorschläge eine Beratung unter sich ab, um Stellung zu nehmen.

Nach längerer Aussprache gab Rintner vom Gemeindearbeiter-Verband im Namen der Arbeiter die Erklärung ab, daß sie den Vorschlag der Gemeinden nicht annehmen könnten, weil die Organisationen bereits ihren Mitgliedern die Vorschläge des Zentralausschusses zur Annahme empfohlen und sich damit gewissermaßen festgelegt hätten. Eine erneute Bestätigung der Mitglieder würde einmal wieder viel Zeit in Anspruch nehmen und außerdem kaum ein anderes Resultat zeitigen. Die Arbeiter müßten es demnach dem Zentralausschuß überlassen, einen Schiedsspruch zu fällen, dem sich die Arbeiter dann auch fügen werden.

Die Beschaffung wohlfeiler Textilwaren begrüßte Rintner gleichfalls, betonte aber, daß diese Lieferung mit der Lohnfrage nicht verknüpft werden dürfe, und knüpfte daran den Wunsch, diese billigen Waren der gesamten arbeitenden Bevölkerung zugänglich zu machen.

Kunze hat bei der Zentralausschuß zu entscheiden, der am Dienstag, den 22. Juli, vormittags 9 Uhr, zur Beratung zusammenzutreten wird.

## Lohnbewegung der Steinseher.

Nachdem die Tarifverhandlungen, welche die Steinseher in der Schlichtungskommission ihres Gewerbes führten, keinen Erfolg hatten, riefen sie das Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts an. Dasselbe fällt am 22. d. M. nach langer Verhandlung folgenden Schiedsspruch:

Die Stundenlöhne betragen vom 19. Juli 1919 in Berlin und den 6 meiligen Umkreis:

a) für Steinseher . . . . .	2,80 M.
b) Hammer . . . . .	2,70 „
c) Steinhauer . . . . .	2,70 „
d) ständige Hilfsarbeiter . . . . .	2,45 „
e) nicht ständige Hilfsarbeiter bis zu drei Monaten . . . . .	2,35 „

Bei dem Steinhauerakkordtarif sind die Zuschläge im Verhältnis der Erhöhung des Stundenlohnes (also 12 1/2 Proz. Zuschlag zu den einzelnen Akkordpositionen) zu zahlen. Die übrigen Bestimmungen des Tarifvertrages und seiner Nachträge bleiben unverändert in Kraft.

## Schöne Zustände

Scheinen bei dem Verband öffentlicher Lebensversicherungs-Anstalten zu herrschen. Idyllisch sind die Lohnverhältnisse, es gibt da z. B. noch verheiratete Beamte, die, nachdem sie langjährig im Betriebe und 4 Jahre im Felde waren, das fürstliche Monatsgeholt von M. 175. — beziehen, was sich durch die Steuerzulagen auf höchstens M. 230. — erhöht. Unverheiratete erhalten noch weniger (100 M. Grundgehalt für akademisch gebildete Leute usw., M. 75. — für weibliche Angestellte.) Die Revolution hat den Herrenstandpunkt der Direktion nicht im mindesten gemildert. Angestellte, die für eine Erhöhung der Bezüge eintraten, wurden gemahregelt, eine Sitzung des ohnehin zahlen, seit November nicht neu gewählten Beamten-Ausschusses wurde vom Regierungsrat Hensel verboten. Das Begehrteste aber ist, daß die Beamten und Angestellten unter sanftem Hinweis auf die trodene Guillotine dazu gezwungen wurden, Mitglieder des „Bundes zum Schutze Kaiser Wilhelm II.“ zu werden! Ein sehr merkwürdiger Betrieb — wir werden ihn solange im Auge behalten, wie er es nötig hat.

## Die Oblente der Angestellten in der Metallindustrie

fahen Donnerstag folgende Entschlieung:  
„Die Versammlung der Oblente nimmt Kenntnis von dem bisherigen Verlauf der Tarifverhandlungen mit dem Verband Berliner Metallindustrieller. Nachdem nunmehr in beinahe 9 Monaten die Möglichkeit des Zustandekommens eines Tarifvertrages für die Angestellten durch den systematischen Widerstand der Arbeitgeber verhindert worden ist, billigt die Versammlung der Oblente den Abbruch der Verhandlungen mit der Kommission der Arbeitgeber. Die Versammlung lehnt den Vorschlag der Arbeitgeber, wonach die Bezahlung in erster Linie nach dem Grad der Schulbildung und nicht nur nach dem Grad der Leistungen erfolgen soll, mit aller Entschiedenheit ab. Sie bedauert außerdem, daß die Verhandlungskommission den Angestellten entgegen der erteilten Weisung bereits unter die Forderung von 375 M. Mindestgehalt für 20 jährige einschließlich aller Nebenbezüge heruntergegangen ist. Die Versammlung beschließt, daß nunmehr der 2. August als letzter Termin für die Unterzeichnung des Tarifvertrages gesetzt wird, und fordert die Verhandlungskommission der Angestellten auf, als letzten Weg der Verständigung sofort einen Schlichtungsausschuß anzurufen.“

Versicherungsdienstleistungen Groß-Berlins. Von beteiligter Seite werden wir darauf aufmerksam gemacht, daß unsere den Schiedsspruch betreffende Notiz in Nr. 372 durch den verheerlichen Ausfall eines Wortes einen falschen Sinn erhalten hat. Der richtige Wortlaut des betreffenden Satzes ist: „Der Schiedsspruch wurde verbindlich erklärt mit der Maßgabe, daß von dem Schiedsspruch nicht betroffen werden diejenigen Angestellten, welche bei Kriegsausbruch nicht bei der betreffenden Gesellschaft tätig waren oder im Laufe des Krieges aus derjenigen Gesellschaft ausgeschieden sind, bei der der Angestellte nunmehr auf Grund des Demobilisierungsbeschlusses wieder einzustellen wäre.“

Zentralverband der Handlungsgehilfen. Wir mochen auf die heute, Freitag, abends 7 Uhr, im „Deutschen Hof“, Ludauer Straße, stattfindende Mitgliederversammlung aufmerksam und erwarten angesichts der äußerst wichtigen Tagesordnung zahlreichem Besuch. Die Ortsverwaltung.

# Gerichtszeitung.

Die neue Militärjustiz bei der Reichswehr. Das Moabiter Kriminalgericht hat neben den dort tagenden außerordentlichen Kriegsgerichten nun auch noch einen neuen Gast erhalten. Es ist dies das ordentliche Kriegsgericht der Reichswehrbrigade 15 (Berlin), welches auf Grund der Verordnung der Volksbeauftragten vom Dezember 1918 bzw. April 1919 zusammengestellt worden ist. Dieses Gericht gilt als Feldgericht einer mobilen Formation, so daß die gefällten Urteile sofort rechtskräftig werden, d. h. daß es keine Berufung oder Revision (!) gibt. Die Vorsitzenden bzw. die Anklagevertreter, letztere von Fall zu Fall, werden von dem Brigadekommandeur als Gerichtsherr bestimmt, die Beisitzer dagegen werden von den Vertrauensleuten bzw. Offizieren der einzelnen Regimenter gewählt, und zwar je zwei Beisitzer, zwei Unteroffiziere und zwei Gemeine. Zwei der Beisitzer des Gerichts müssen stets in demselben Range wie der jeweils Angeklagte stehen. Diese Zusammensetzung des Gerichts hat übrigens eine eigentümliche Erbscheinung gezeitigt: Die dem Mannschaftsstande angehörenden Beisitzer überstimmen in fast allen Fällen die rechtskundigen und dem Offiziersstande angehörenden Mitglieder des Gerichts bezüglich des Strafmaßes, indem sie höhere Strafen aussetzen, als selbst der die Anklage vertretende Kriegsgerichtsrat beantragt. Ein dem Mannschaftsstande angehörender Beisitzer erklärte dies damit, daß die Regimenter eifrig beitrebt sind, unläutere Elemente mit aller Schärfe aus ihren Reihen auszuräumen. Von der militärischen Anklagebehörde werden auch vielfach Angeklagte, bei denen sich herausstellt, daß sie vorbestraft sind, auf Grund der Anstellungsbedingungen einfach entlassen und dann den bürgerlichen Gerichten zur Aburteilung überwiesen. — In einem gestern zur Verhandlung stehenden Fall handelte es sich um eine Anklage wegen schweren Diebstahls und Vergehens gegen den § 123 St.G.B. (Entziehung aus amtlichem Gewahrsam), welche sich gegen den Unteroffizier Heinrich Benders und den Grenadier Josef Winkelhahn richtete. Benders, der zu den Bewachungsmannschaften des Hamburger Postbahnhofes gehörte, hatte unter Mißbrauch seiner Autorität als Vorgesetzter den Angeklagten Winkelhahn, der erst 5 Wochen Soldat ist, veranlaßt zuzugreifen, wie er selbst durch die Pufe eines Eisenbahnwaggons froch und neun dem amerikanischen roten Kreuz gehörende Weibwürste stahl. Dertvon erhielt B. als Belohnung drei Würste. Hauptmann v. Lanstein und Rechtsanwalt Dr. Frech beantragten, unter das vom stellb. Kriegsgerichtsrat Dr. Döhne beantragte Strafmaß heruntersinken, da die ganze Sache mehr auf einfachen Plunderauszug hinausgehe. Das Gericht, dem zwei Gemeine und ein Unteroffizier angehörten, war jedoch der Meinung, daß sich der Unteroffizier Benders schwer vergangen habe, und verurteilte diesen zu 6 Monaten Gefängnis und Verweisung in die zweite Klasse des Soldatenstandes bzw. Degradation. Winkelhahn wurde zu 2 Wochen Gefängnis verurteilt, welche durch die erlittene Untersuchungshaft als verbüßt erachtet wurden.

Weiterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonnabend nachmittag: Etwas wärmer, im Westen zeitweise heiter, veränderlich und meist trocken. Dehlich der Oder überwiegen demüßt, vereinzelt etwas Regen, frühwellige Gewitter, später ebenfalls allmähliche Aufhellung, schwache nordwestliche Winde.

Verantwortlich für Politik: Arthur Jäger, Charlottenburg. Für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Scholz, Reutlingen; für Anzeigen: Theodor Glöck, Berlin. Verlag: Germania-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Dormitzer-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstr. 3. Dierga 1. Beilage.



# Weinbrand Cognac Marke

# „Goldstück“

Jacob Stück Nachfolger Hanau 4/11

Cognacbrennereien

Die geheimen Personalakten.

Der 17. Juli 1919 wird für alle Zeiten ein denkwürdiger Tag für die deutsche Beamenschaft bleiben. In diesem Tage hat die Nationalversammlung beschlossen, den Beamten grundsätzlich Einblick in ihre Personalakten, oder auf gut deutsch gesagt, in die Nachweise über ihre Person, zu gewähren, und diese Bestimmung in der Verfassung verankert.

Damit haben die geheimen Personalakten und nicht nur sie, sondern auch jede geheime Berichterstattung über die Person eines Beamten ihr Ende gefunden.

Der Verfassungsausschuß hatte auf Grund eines Antrags des Zentrumsabgeordneten Spahn für diesen Punkt folgende Fassung gewählt:

„In die Nachweise über die Person des Beamten sind Eintragungen von ihm ungünstigen Tatsachen erst vorzunehmen, wenn dem Beamten Gelegenheit gegeben war, sich über sie zu äußern. Die Eintragung ist dem Beamten mitzuteilen.“

Aus dieser Bestimmung ist klar ersichtlich, daß man nicht daran dachte, mit der Geheimnisräumerei der Urteile und Berichte über die Beamten endgültig aufzuräumen, denn nur „ungünstige Tatsachen“, mit denen man das papierne Denkmal des Beamten schmücken wollte, sollten ihm mitgeteilt werden. Dies ist ohnehin schon seit langem der Fall. Einer Aufnahme dieser Bestimmung in die Verfassung bedurfte es nicht. Wenn ein Beamter etwas „verdroschen“ hatte und disziplinarisch bestraft war, so wußte er ganz genau: das kommt in deine Akten zum ewigen Angedenken an deine Missetat.

Der Hauptkampf der Beamten richtete sich auch nicht gegen diese Methode, wiewohl es höchste Zeit war, auch mit ihr aufzuräumen. Nein, was man beseitigt haben wollte, das war die Möglichkeit, den Beamten mit einem Federstrich zu erledigen, ihm mit einem einzigen schlechten Bericht seine ganze Laufbahn zu verderben. Die ganze Niederträchtigkeit der geheimen Berichterstattung wird am besten durch jene gar nicht seltenen Fälle gekennzeichnet, in denen ein niedrig denkender Vorgesetzter dem Beamten gegenüber den Wohlwollenden spielte, während er ihn gleichzeitig bei der vorgelegten Behörde durch tendenziöse Berichterstattung anschwärzte. Der ahnungslose Beamte wunderte sich dann wohl über die ihm zuteil werdende ungerechtfertigte Zurücksetzung bei Beförderungen und zerbrach sich vergeblich den Kopf darüber, was er wohl ausgefressen habe, ohne auf die „wohlwollende Niederträchtigkeit“ seines Vorgesetzten zu verfallen. Oder, wenn er wirklich etwas ahnte und dem wahren Sachverhalt auf die Spur kam, so war er doch machtlos dagegen, weil die Berichte, die sein Unglück verschuldeten, ihm niemals zu Gesicht kamen.

Dies war der Kern der ganzen Frage. Dies beseitigt zu wissen, das war der Wunsch der Beamenschaft. Und niemand wird bei ruhiger Ueberlegung behaupten wollen, daß dies Ziel durch die angeführte Verfassungsbestimmung wirklich erreicht worden wäre. Nicht der Beseitigung der geheimen Akten, sondern ihrer Verewigung hätte es gedient, wenn der Antrag des Zentrums Gesetzeskraft erlangt hätte. Man bedenke, auf die Bestimmungen der Verfassung baut sich die gesamte Gesetzgebung auf. Wenn nun die Verfassung ausdrücklich vorschreibt, in welchen Fällen dies oder jenes, hier also die Bekanntgabe bestimmter Eintragungen in die Personalakten, zu geschehen hat, kann das Gesetz nicht andere Bestimmungen treffen, selbst wenn die Gesetzgeber es gerne wollen. Ueberdies sei es erlaubt, in diesem Punkte an dem guten Willen der bürgerlichen Parteien, mit deren Einfluß wir nun einmal rechnen müssen, auf Grund der bisherigen Erfahrung einige Zweifel zu hegen.

Es ist und bleibt daher ein unvergängliches Verdienst der Sozialdemokratie, daß sie es war, die diese

Gewissensschmach der Beamten endgültig beseitigt hat. Ihre Forderung brachte den entscheidenden Antrag in der Nationalversammlung ein und hat ihn auch gegen alle Angriffe der bürgerlichen Parteien verteidigt, und zwar siegreich verteidigt. An Stelle des letzten Satzes der eingangs erwähnten Bestimmung heißt es jetzt: „Dem Beamten ist Einsicht in seine Personalnachweise zu gewähren“.

Sierunter ist nach den Ausführungen des Fraktionsredners in der Nationalversammlung zu verstehen, daß jeder Beamte das Recht hat, seine Akten auch für die rückliegende Zeit einzusehen und gegen ihm bisher unbekannt gebliebene ungerechte Beschuldigungen Stellung zu nehmen. Es darf ihm auch nicht verweigert werden, sich Auszüge aus den Akten anzufertigen. Vor allem aber dürfen die Akten, bevor sie den Beamten vorge-

An unsere Inserenten! Die weitere Verteuerung der Herstellungskosten des „Vorwärts“ zwingt uns, ab 1. August 1919 die Grundpreise für Inserate zu erhöhen. Vom 1. August 1919 an beträgt der Insertionspreis für die 8 gespaltene Nonpareillezeile Mh. 1,50. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort Mh. 0,60, jedes weitere Mh. 0,40. Stellensuche und Schlafstellen-Anzeigen: Das erste Wort Mh. 0,50, jedes weitere Mh. 0,30. Teuerungszuschlag 50 Prozent. Familienanzeigen, politische und gewerkschaftliche Vereinsanzeigen Mh. 1,50 pro Zeile. „Vorwärts“-Verlag G. m. b. H., Berlin.

legt werden, keiner „Reinigung“ unterzogen werden, die dahin geht, Berichte, die ihren Verfassern unangenehm werden könnten, vorher aus den Akten zu entfernen.

Am übrigen wird es Aufgabe der Beamtenausschüsse sein, darüber zu wachen, daß dies neue Recht den Beamten in keiner Weise geschmälert wird und eine neue geheime Berichterstattung, in welcher Form es auch immer sei, unter keinen Umständen aufkommt.

Das böse Kapitel der geheimen Personalakten, die nach einem Erlaß schon seit dem Jahre 1848 zu existieren aufgehört hätten, aber infolge der Wackelmomente des alten Regimes trotzdem weiterbestanden, kann somit endgültig geschlossen werden.

Die befreiende Tat der Sozialdemokratie wird für die gesamte Beamenschaft eine Erlösung sein.

In diesem Zusammenhang sei noch erwähnt, daß es auch die Forderung der sozialdemokratischen Partei gewesen ist, die den Antrag einbrachte, im Disziplinarverfahren künftig ein Wiederaufnahmeverfahren zu ermöglichen. Sie kann es sich als Erfolg buchen, diesen Antrag angenommen und in die Verfassung eingefügt zu sehen.

Ferner ist es ein großer Erfolg, daß es der sozialdemokratischen Forderung gelungen ist, die von bürgerlicher Seite in die Verfassung lancierte Bestimmung zu beseitigen, nach der in Zukunft auch eine Degradation der Beamten möglich sein sollte. Ganz richtig ging die Faktion dabei von dem Standpunkt aus, daß eine Degradation eine so schwere Ehrenstrafe sei, daß sie den Betroffenen nicht mehr zum Beamten oder Vorgesetzten fähig erscheinen lasse. Auch würde sich die Beamtenklasse, die den

degradierten Beamten aufnehmen soll, bestens bedanken, als Straffklasse zu erscheinen. Wenn Verweise, Geldstrafen und Strafverurteilung nichts mehr helfen oder wegen der Schwere der Verfehlung nicht mehr angängig seien, dann bleibt nur noch die Entlassung übrig.

Schließlich muß noch hervorgehoben werden, daß es wiederum das Verdienst der sozialdemokratischen Faktion gewesen ist, daß in die Verfassung eine Bestimmung eingefügt wurde, nach der alle Ausnahmestimmungen gegen weibliche Beamte beseitigt werden. Die Aussichten, die sich hieraus ergeben, lassen sich vorläufig noch gar nicht genau übersehen. Soviel steht aber fest, ein Eheverbot der beamteten Frau gibt es nicht mehr. Sie wird ferner in Zukunft ebenso wie ihre männlichen Kollegen das Recht haben, entsprechend ihrer Fähigkeit höhere Staatsämter zu bekleiden.

Diese unvergänglichen Marksteine in der Geschichte der Beamenschaft sind von der Sozialdemokratie gesetzt worden. Von derselben Partei, die den Beamten durch die Revolution auch die politische Freiheit erkämpft hat, und der man trotzdem in reaktionären Kreisen auch heute noch nachsagt, daß sie kein Verständnis für die Beamten habe.

Die Beamten sollten nachdenken. Bilib Steinbock.

Nationalversammlung zu Weimar

(Schluß aus dem Abendblatt.)

Es folgen die Interpellationen Dr. Feinze und Genossen (D. Sp.) betreffend den Landarbeiterstreik.

Die Interpellation Dr. Feinze und Genossen (D. Sp.) begründet Abg. Dufke (D. Sp.): Der Landarbeiterstreik ist zwar für den Augenblick beigelegt, aber er kann jeden Tag wieder neu ausbrechen. Angesichts der ungeheuren Gefahr hätte die Reichsregierung und vor allem der preussische Landwirtschaftsminister schon längst Vorbeugungsmaßnahmen treffen müssen. Aber nichts ist geschehen; im Gegenteil. Der preussische Landwirtschaftsminister, der sich bei der Gelegenheit als Minister gegen die Landwirtschaft erwiesen hat, hat im preussischen Abgeordnetenhaus erklärt, die Gefahr wäre gar nicht so groß, sie werde von den Landräten tendenziös übertrieben. Das tollte ich herzlich, daß er ruhig zusieht, wie einer seiner Beamten, Dr. Grimm, ins Land geht und die Arbeiter nicht zu beruhigen, sondern direkt zu veranlassen sucht, den Tarifvertrag zu brechen.

(Hört, hört!) Die Landwirte werden sich trotzdem bemühen, wie sie es bisher immer getan haben, haarschneidend zu wirken. (Beifall rechts, Gelächter links.) Die Regierung aber hat die Pflicht, in dieser hochwichtigen Frage endlich einmal die Energie zu zeigen, die wir bisher so sehr an ihr vermüht haben. Es geht ums Ganze. (Beifall rechts.)

Abg. Behrens (Dnat. Sp.): Die Räder und Förderer der Revolution, die das Streikfever entfesselt haben, werden die Geister, die sie gerufen haben, jetzt nicht los. (Anruhe bei den Sozialdemokraten.) Die Rot, die aus einem Landarbeiterstreik für die Landwirtschaft entstehen müßte, wäre die Rot des ganzen Volkes. Wir verlangen deshalb von der Regierung Ermöglichung für die Arbeitgeber, den Arbeitern die Naturallohne auszusagen und Freiheit der Landarbeiter hinsichtlich ihrer eigenen Erzeugung, ferner Förderung des Tarifvertrages, Ausbau der Spruchkammern der Schlichtungsausschüsse, Vertretungsstellen, Landarbeitergerichte, ähnlich den Gewerbergerichten, Aufhebung des § 153, der das freie Vereinigungsrecht der Arbeitnehmer behindert.

Landwirtschaftsminister Schlöter: Wer trägt denn die Schuld daran, wenn die Landarbeiter sich verhetzenden Animationen zugänglich zeigen? Das sind diejenigen, die in früheren Jahren es verstanden haben, daß der Landarbeiter sich gewerkschaftlich organisiert und politisch aufklären konnte. (Sehr wichtig! bei den Sozialdemokraten.) Aber es bedarf gar keiner gewissenlosen Hebe-mehe, um Unzufriedenheit in der Arbeiterschaft zu erwecken. Der Widerstand, der von vielen Arbeitgebern dem Erlaß der Landarbeitersordnung entgegengesetzt worden ist und die vielfach sehr wenige einwandfreie Act, wie seitens der Arbeitgeber der

Abschluß von Tarifverträgen betrieben worden ist, hat mit Recht viel Unzufriedenheit erzeugt. Es darf nicht verschwiegen werden, daß die landwirtschaftlichen Ar-

Erleuchtung.

Roman von Henri Barbusse. Überdies von Max Hochdorf.

Ich erfülle meine Lebensaufgabe wie eine fesselnde Pflicht. Ich treffe alle gebührenden Vorsichtsmaßnahmen, damit Maria nichts erfährt. Aber ich suche das lebendige Glück. Und wahrlich, verspüre ich in dem Weltweben einen neuen Willen zur Vorgabe, die sich schon für mich neigt und rüstet, wahrlich, schreite ich zu einem neuen Liebeszusammensein, so werde ich bis zur Herrlichkeit erhoben und fähig jeglicher Tat. Das erfüllt mein Leben. Die Vergierde mißt das Gehirn ebenso heftig ab, wie das Grübeln, aber die Liebe erfährt das alles. All mein Wesen späht nach neuen Gelegenheiten aus, um ausstrahlen zu dürfen und Teilnahme in neuen Windnissen zu finden. Sagt man vor mir von einem jungen Weibe, daß sie nicht glücklich ist, dann sucht mich ein Freudenschauer heim. Oft, wenn ich Sonntags durch die Menge wandelte, dann krampfte sich mir das Herz zusammen, da ich auf all die unbekanntenen Weiber blickte. Oft konnte ich während des ganzen Tages in Träumen bleiben, weil ein Weib häufig an mir vorübergehufelt war, um mir deutlich das Geisterweben in ihrem verhüllten Zimmer zu hinterlassen. Ich sah dann ihre Gestalt, die jetzt wohl hingefunken war und wie eine Harfe nachschwang, und hartnäckige Wollust sagte mich plötzlich. Dieses Weib, ja dieses, ich hätte es vielleicht ewig geliebt. Sie war vielleicht dieses Weib, das ich suchte, da ich verzweifelt von einer zur anderen tastete. Ah, wie ein jegliches Weib immer ein köstlicher Gegenstand des Auges und des Grübelns bleibt, wofern wir ihm nicht näher kommen dürfen!

Zu manchen Zeiten bin ich des Leibes voll und sehr zu beklagen. Würde aber jemand in mir lesen, er würde mich gar nicht beklagen wollen. Und doch, alle Menschen sind nur beschaffen wie ich selber. Sind sie mit einem annehmbaren Neuberger ausgestattet, so träumen sie unaufhörlich von neuen Abenteuern und Prüfungen. Unser Herz bleibt niemals stehen. Aber niemand mag das zugeben, nein, niemand und niemals.

Ich begegnete auch Frauen, die mich nicht erhören wollten. Unter ihnen befand sich besonders Frau Pierron, eine schöne Bürgerfrau von 25 Jahren. Sie trug Schleifen im Haar, und ihr Gesicht war marmorbleich, und aus ihrem leeren Auge

und aus ihrer flackernden Ungeschicklichkeit verriet sich noch die eben erst verheiratete Ehefrau. Sie ging dahin und lebte ganz ruhig, gefeilt und schweigsam und vollständig blind für meine bewundernden Blicke.

Diese vollständige Unempfindlichkeit hat meine Liebe bis zur Leidenschaft gesteigert. Ich erinnere mich, wie ich an einem Junimorgen voller Angst die Frauenväsche betrachtete, die auf dem grünen Rasen ihres Gartens trodnete. Diese gartenweißen Dinge, die da ausgebreitet lagen, warteten, und sie bewegten sich mit den Blättern im Winde. Der Frühling liebte ihnen leichte Gestalt, Sanftheit und Lebendigkeit. Ich erinnere mich auch an ein Haus, das brennend und starrend im Sonnenbrande stand. An dem Haus war ein Fenster, das plötzlich aufleuchtete und dann wieder verschlossen wurde. Dann aber blieb das Fenster versperrt, wie ein Grabstein. Alles auf der Welt war in Schweigen eingehüllt. Es wohnte demauern in diesem Hause die prächtige und lebende Frau meiner Liebe. Endlich erinnere ich mich noch wie auch eines Abends auch dieses Fenster in der Ferne wieder aufstrahlte. Die Helligkeit war sichtbar mitten in der blauen Landschaft, die schwarzgrün und freidig über der Gartenstadt lagerte. Ein schmaler, goldrosiger Schimmer war da abgezeichnet und er ruhte auch auf dem niedrigen Mauernwerk, das die Stadt überschattete. Und nun sah ich im Herzen dieses Leuchtens eine Frauengestalt, die sich vor meinen Augen regte. Aber versperrt war der Weg zu ihrer Gnade. Lange und mit gitternden Knien habe ich dagestanden und dieses Fenster angestarrt, das sich zum weiten Raume erschloß. Ich habe es angestarrt gleich dem Hirten, der das aufsteigende Venusgehörn bewundert. Als ich nachher heimkehrte, wirtschastete Maria noch unten in der Küche. Und so blieb ich allein in unserem Eberaum, der jeden Reiz verloren hatte. Unendliche Gedanken durchwühlten mich, derweilen ich weiter hinstarrte zu diesem Sternfenster, zu diesem Fenstergestirne. O, diese Weltentrennungen, o, diese unermesslichen, niemals auszurechnenden Weltentrennungen! — Alles das zerbröckelt uns nur in Staub. Alles das wirft ein entfehlendes Glänzen aus, gegen das wir uns schützen wollen, indem wir uns feige vertriehen.

Ich habe kein deutliches Gedächtnis an die zeitweilige Eiferjucht behalten, die mich während eines Jahres heimgesucht hat. Zwischen ihr und mir schien ein Anderer zu stehen. An gewissen Tatsachen und beträchtlichen Launen Marias glaubte

ich das wahrnehmen zu dürfen. Aber außer solchen geringen Anzeichen und ihren bösen Mitwirkungen habe ich niemals etwas erfahren. Die Wahrheit, die wir suchen, ist nur ein Weipenst von Wahrheit. Ich spürte tiefe Wunden, Demütigung, Schande und Aufruhr in meinem Innersten. Ich kämpfte armselig, aber doch mit aller Kraft gegen dieses Geheimnis, das meine Kräfte überstiege. Dann ist auch mein Argwohn versiegt. Ich bin diesem Abstrakt entflohen, und ich habe ihn mit Anstrengung der Vergessenheit ausgeliefert. Vielleicht waren meine Anklagen nicht begründet. Aber es ist seitdem, wie man dazu gelangt, das nur zu glauben, was man glauben möchte.

Seit langem zettelte sich etwas in den Niederungen der Sozialistenkreise an. Plötzlich wurde in der Fabrik ein Ausstand eingeleitet. Kundgebungen wurden veranstaltet; die Arbeiter strömten in die Stadt, die in Säreden geriet. Überall wurden die Fensterläden geschlossen. Die Kaufleute ließen die Rolläden hinab. Das Licht erlosch in den Geschäften. Man meinte, das ein tragischer Festtag anbebe.

Als uns Benoit an der Tür die Nachricht zurief, daß die Arbeiter geschlossen aufmarschierten, da erblickte Maria, und sie sagte: „Das ist die Revolution!“ Wie kommt es nur, daß Du in der Fabrik nichts erfahren hast? Ich mußte mir gesiechen, daß ich achlos an all dem vorüber gegangen bin.

Eine Stunde später erfuhr man, daß eine Gruppe der gefährlichsten Parteiführer den aufmarschierenden Arbeitern vorausgehe. Sie sollte von Herrn Wozlan sehr weitgehende Vorteile erzwingen. In der Stadt sah alles zerfahren und zersprengt aus. Eilig hasteten die Menschen vorbei, und sie lauften auf die Nachrichten. Vorsichtig wurden die Türen geöffnet. Einige Gruppen bildeten sich und man bellagte halbblau die mangelnde Vorjorglichkeit und Ohnmacht der Ordnungsmahregeln. Gerüchte wurden über den Fortschritt der Streikundgebungen herumgetragen: „Sie sind schon über den Fluß.“ — „Sie sind auf dem Kampplatz.“ — Sie marschieren gegen das Schloß!

Ich trat bei Fontans ein. Fontan war nicht zu Hause. Vorden geschlossenen Fenstern und im Schatten der Straße schwärzten die Menschen durcheinander: „Die Baronin ist außer sich, da diese schwarze Menschenmenge auf ihr Schloß zuströmt. Junge Leute von Adel haben sich bewaffnet und sie halten Wache im Schloß. Und auch die Baronin hat ausgerufen: „Das ist die Revolution!“

(Fortl. folgt.)

Belgher in der rücksichtslosen Ausübung der Konfiskation ihren Arbeitern ein sehr schlechtes Beispiel gegeben haben. (Sehr richtig!) (mit.) In

#### Vorbereitungsmassregeln

ist folgendes in Aussicht genommen: es ist ein Erlaß herausgegeben worden, der den

#### wilden Ründigungen

der Bondarbeiter vorbeugen soll; es sind Beratungen im Gange zum Ausbau der Befestigung des Tarifwesens; endlich sind Verhandlungen im Gange, inwiefern eine Haftung einzuführen hat für den Vertragsbruch, und zwar nicht nur seitens der Arbeitnehmer, vor allen Dingen auch seitens der Arbeitgeber. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Strafbestimmungen über die Bestrafung des Vertragsbruchs hinaus, wie sie von der Rechtsprechung gewünscht werden (Widerspruch rechts), kann ich nicht in Aussicht stellen. In keinem Falle ist etwa beabsichtigt, das Streikrecht irgendwie anzutasten oder einzuschränken. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Abg. Rahl rufte: „Hätten Sie doch lieber eine Mahnung an die Bondarbeiter gerichtet!“ Sehr richtig und Zustimmung rechts.

Auf Vorschlag des Präsidenten Behrens beschließt das Haus, die Beprechung der Interpellationen mit der politischen Aussprache zu verbinden.

Abg. Krüger (Soz.): Der Abg. Wittkowsky hat ein lautes

#### Mitgefühl über die Kriegswirtschaft

angestimmt; er hat aber verschwiegen, daß diese Kriegswirtschaft ein Werk der vorrevolutionären Regierung ist. Im übrigen ist es uns niemals eingefallen, diese Kriegswirtschaft als Sozialismus auszugeben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Mit solchen Behauptungen will man nur die Sozialdemokratie und den Sozialismus diskreditieren. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Das kapitalistisch-autokratische Regime hat damit geendet, die blühenden Blüten deutschen Wirtschaftslebens in ein riesengroßes Trümmerfeld zu verwandeln. In der Tat: herrlichen Zeiten hat man uns entgegengeführt! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Dem Programm, das uns gestern der Ministerpräsident entwickelt hat, stimmen wir im großen und ganzen zu; aber wir müssen fragen:

#### Wo bleibt der Staatsgerichtshof,

der endlich die zur Veranlassung geben soll, die all dieses Weid verschuldet haben? (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Der Abg. Gothein bestreitet im „Berliner Tageblatt“, daß der Kapitalismus zur Katastrophe des Krieges geführt habe. Der Kapitalist im einzelnen hat allerdings diese Verantwortung nicht wohl aber der Kapitalismus im ganzen. Besonders spielt dabei das Rüstungs-kapital eine Rolle. Wir wollen durch das internationale Proletariat zu einem

#### internationalen Abkommen

gelangen. Bitterlich sprach zu seinen Beamten in der Deutschen Bank beim Ausbruch des Krieges:

Der Krieg werde kurz, aber stänzend sein.

Sehr richtig ist der

#### seidenschaftliche Vahneusefischer.

Die Rechte vermehrt uns, die Arbeiter zur Arbeit anzuhalten, die Mahnung kommt aus Kreisen, die den Rüstungs-gang als vornehmste Eigenschaft des Lebens ansehen. In der sozialistischen Gesellschaft ist kein Platz für Rüstungs-gänger.

#### Sozialismus ist Ordnung.

Die Sozialisierung muß durchgeführt werden. Wir verlangen eine großzügige Sozialpolitik. Erhöhung der Versicherungsrenten, Mutterkassavericherung, Versorgung der Opfer des Krieges, Regelung der landwirtschaftlichen Produktion und Schutz der lebens-wichtigen Betriebe gegen die Gewalt. Wir erleben jetzt Vorkome gegen die Juden, die Regierung, die Reichswehr, Gewerkschafts-boomste. Der bevorstehende Program war es, als am Montag Arbeiter sich mit Beweisen und Stuhlbeinen schlugen. Wir wünschen den Belagerungszustand zum Teufel, aber die Spartakisten müssen erst einsehen, daß sie sich mit ihrer

#### Politik der Bomben

schützige Köpfe holen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Um 1/2 11 Uhr verlegt das Haus die weitere Beratung auf Freitag 10 Uhr; außerdem kleine Anfragen.

## Groß-Berlin.

### Frei will Dollar König werden.

Also hat der junge Goller gesprochen:

Ihm sieht das Königwerden noch in den Knochen.

Da nun die Preußen auf solche Ehre verzichten,

will er sein Geschäft in Amerika verrichten.

Rum sind wir zwar alle dem Wilson böse —

(uns liegen die „vierzehn Punkte“ noch im Geiröse)

doch so stolz kann selbst kein Deutscher hassen,

um Frei auf die anderen loszulassen.

Indessen: man hemmt nicht junge Talente.

Was geht es uns an, was er tut, wenn er könnte. ?

Begnügen wir uns, ihm Gutes zu wünschen,

vor allem, daß ihn die Pankees nicht lynchen!

Paulchen.

Im irreführenden Nachschaffen entgegenzutreten, machen wir darauf aufmerksam, daß die „Ball“-Versammlung am Sonnabend von Mitgliedern der S. P. D. und der D. P. D. nicht besucht wird.

#### Der Vollzugsrat: Prolet.

Betriebsvertrauensleute, Arbeiterräte, Parteifunktionäre der S. P. D.

Dienstag, 20. Juli, nachmittags 5 Uhr:

#### Allgemeine Funktionärerversammlung

im Deutschen Hof, Ludauer Str. 15. Sämtliche Funktionäre werden ersucht, sich diesen Abend frei zu halten und an der wichtigen Versammlung teilzunehmen.

Ritgliedsbuch und Ausweisliste vorsetzen. Der Bezirksvorstand.

### Ist es möglich?

Eine größere Zahl Kriegsveteranen fanden sich am 14. Juli auf dem Garnisonfriedhof Tempelhofer Feld, über dessen Zustand wir schon die schwersten Klagen erhielten, zum Begräbnis eines Kameraden zusammen.

Auf einem Laub- und Schuttboden hinter der Kapelle stand ein Sarg, dem ein fürchterlicher Geruch entströmte. Man öffnete ihn, er war nicht richtig verschlossen.

Nach Abnahme des Deckels packte alle Dabeistehenden ein fürchterliches Grauen. Der Inhalt des Sarges war eine männliche Leiche, welche sich schon in einem Zustande der Verwesung befand, der jeder Beschreibung spottet. Der Körper war mit Wärmern überzogen, vollständig schwarz, achlos in den Sarg hineingeworfen, die Hände dem Kopfende zu und vollständig nackt, der rechte Arm resp. Hand mit Binde am Körper angebunden. (!) Auf dem Sarge war der Name Gschlin, Vereins-Bezirksgasse Dr. Edel,

Charlottenburg, Berliner Str. 17 bemerkt. Saut Er-lundigungen handelt es sich um einen Kameraden Namens Gschlin welcher angeblich am 5. d. M. verstorben sein soll.

Anwesend waren ungefähr 150 Kriegsveteranen.

Die Leiche ist sofort an Ort und Stelle photographiert. (Das Bild liegt uns vor. Red.)

Der Sarg mit der Leiche eines Vaterlandsverteidigers, der solange auf dem Dumphausen gestanden hatte, wurde sofort beerdigt.

Die Behörden haben jetzt das Wort.

Abg. Bazaroff: Montag, den 20. Vormittags 10 Uhr.

In den Zeiten 23. Sitzungssaal 5. Versammlung. Auf je 100 Kranke 1/2

ein Beirater zu entsenden. Aufwende vorlegen.

Quartiermarkt. Schwanend. Bazaroffkommission Groß-Berlin.

### Die Schleichhandelspleite.

Nichts dokumentiert deutlicher die allmähliche Rückkehr zu er-träglichen Ernährungsbedingungen, so schreibt die Frankfurter „Volkstimme“, wie der Preis für ein Brotmarkenbrot. Während man bisher zwei Mark für eine Brotkarte bezahlen mußte, gilt eine solche jetzt nur noch 40 Pf., und es steht zu erwarten, daß ihr Kurs noch weiter sinken wird. Ein ähnlicher Preissturz ist bei der Schokolade zu beobachten, die durchschnittlich jeden Tag eine Mark billiger geworden ist. Auf der Frankfurter Zeit bekam man eine Tafel Schokolade schon für vier Mark angeboten. Toilettenseife wurde von Großhändlern an ihre Filialen zu 50 Pf. für das Stück verkauft. Bei der Wäskennmilch dagegen herrschen noch große Preisunterschiede. Je nachdem es sich um kondensierte oder süßliche sterilisierte Milch handelt. Diese wird jetzt von der Stadt zum Preise von 3,60 M. für den halben Liter verkauft. — Frankfurt liegt jetzt freilich dicht an der — französischen Grenze. Aber auch bei uns gehen die Preise herunter. Wenns doch nur ewig so bliebe, hier unter dem wechselnden Mond!

### Reaktionäre Maulhelden an der Handelshochschule.

An die Berliner Handelshochschule strömten infolge der Revo-lution eine Menge von Kleinbürgerlichen Elementen, die sonst die Beamten- oder Offizierslaufbahn bestritten hätten. Als Handels-hochschulschüler sind immer noch von den Unversitätskorporierten geachtet, versucht man es ihnen auf jede Weise gleichzutun. Die Gleichwertigkeit soll bewiesen werden.

Kürzlich fand eine allgemeine Studentensammlung statt. Der Vorsitzende, Herr Kurze, sonst stets in Zivil, erscheint in Leinwand-uniform, anscheinend um der ihn in der neugegründeten sozialen Arbeitsgemeinschaft existierenden Organisation den nötigen Respekt einzuführen. Trotzdem er sich redlich Mühe gibt, die Geschäfts-ordnung partiell auszuführen, was ihm selbst einer seiner Freunde zum Vorwurf machte, gelangt es ihm nicht, die Opposition zu er-würgen. Er drohte mit rauschmüssen. Er sagt dem Genossen Berger die Rede an, indem er ihm eine — Forderung zuweist. „Mit scharfer Schärpe will er an ihm seine Furchen ziehen.“

Parlamentarische Geschäftsordnung! Wer nicht pariert, wird verhaftet. Die schlagenden Verbindungen an den Hochschulen fordern statutenmäßig Satisfaktionspflicht, d. h. ihre Mitglieder müssen, so-bald sie gefordert, einen Zweikampf mit tödlichen Waffen ausfechten. Das ist eine Verpflichtung zur Verletzung des Straf-gesetzes.

Am Schluß der Studentensammlung ging ein Antrag durch, der sich gegen die Auslieferung des Kaisers richtete. Es wurde be-schlossen, die Namen aller, die dagegen stimmen, in deutschen Zeitungen zu veröffentlichen! Recht so. An Separatisten haben diese das Erdendächlein geleistet. Womit sollen sie wieder ihre Spalten füllen?

Tätigkeit eines Vollzugsrates. Wie uns mitgeteilt wird, saate Herr Wirklicher Beheimler Ober-Vollzugsrat Kalyahn (N. S. P.) nach der wohl vorbereiteten Sprengung der S. P. D.-Versammlung im „Schwarzen Adler“, Niederschönhausen, zu seinen lieben Söhnen, an denen er sein Wohlgefallen hat: „Parteilossen, wenn Sie Ihre Partei zu solchen Aktionen wieder aufrufen und befehlen, erscheinen Sie wieder so zahlreich wie heute.“

Zur Tötung des französischen Sergeanten Manheim meldet die Vollzugsrat: Die Nachforschungen nach dem Täter sind bis heute erfolglos geblieben. Weitere Aufklärung hat der Zusammenstoß an der Kranzstraße, der zwei Tage vorher stattfand, gefunden. Es hat sich der alte Herr gemeldet, der dabei im Mittel-punkt stand, ein alter ehrenwürdiger Herr mit ziemlich langen weichen Haaren, von Beruf Sänger und Komponist. Er habe in ruhiger und sachlicher Weise nachfolgende Schilderung gegeben:

Als er in der Nacht zum Donnerstag, den 10. d. M., mit seiner Frau die Engpassstraße zum Friedhof zwischen Linden und Weidenstraße entlang ging, schritten vor ihm auf dem Bürgersteig ein Herr mit zwei Damen, vor diesen in einer Reihe, die ganze Breite des Bürgersteiges einnehmend, nebeneinander vier fran-zösische Soldaten, und vor diesen zwei weitere Franzosen. Die Soldaten schienen in gebobener Stimmung zu sein und unterhielten sich ziemlich laut. Da sie nur langsam vorwärts schritten, der Herr mit den Damen es aber eiliger hatte und auf dem Bürgersteig nicht vorwärts kommen konnte, weil die Franzosen ihn sperrten, machte er einen kleinen Umweg, um sie zu überholen. In diesem Augenblick sprang einer der französischen Soldaten etwas beiseite, wie der alte Herr sagt, machte er einen „Hopser“, und trat dabei dem Herrn in die Haden. Diesen Vorgang hatte der alte Herr genau beobachtet, weil er, als der Herr mit den Damen aus-geboten war, unmittelbar hinter den Soldaten herging. Er sah so auch, daß der Franzose nicht gestolpert war, sondern un-willig den Seitensprung gemacht hatte. Der Herr, dem er in die Haden gestrungen war, verbat sich in ruhigem und höflichem Tone diese Anrempelung und ging dann seines Weges weiter. Dafür erhielt er von dem Franzosen die Antwort: „Deu iches Schwein.“ Als der Beleidigte trotzdem seinen Weg fortsetzte, ließen sie ihren Uebermut an dem hinter ihnen gehenden alten Herrn aus und machten über sein Aussehen allerhand abfällige Bemerkungen. Dieser sagte dann zu seiner Frau, daß es doch beba-uerlich sei, daß man sich solche Anpöbelungen als Deutscher von Franzosen auf deutschem Boden gefallen lassen müsse. Kämmerer sich aber um die französischen Soldaten nicht weiter und ging seines Weges. Der Vorfall war aber von anderen Straßenpassanten beobachtet worden, die über das Gebaren der Soldaten entrüstet waren. Partei für den alten Herrn ergariffen und schließlich auf die Franzosen einbrangen. Diese ergariffen dann die Flucht nach dem Volkshausgebäude, vor dem es zu der Prügelei gekommen ist. Die Erbitterung über dieses Benehmen der Franzosen sei dann in der Hauptsache die Veranlassung zu dem zweiten Zusammen-stoß gewesen.

Jeder Arbeitgeber ist verpflichtet, der Zentralarbeitsrat der Erwerbslosenfürsorge, Berlin NO. 66, Böhmstr. 40, einmal in jeder Woche Anzeige von dem Beginn und der Beendigung des Arbeitsverhältnisses jedes von ihm beschäftigten Arbeitnehmers zu erstatten. Die Meldepflicht erstreckt sich auch auf die bereits jetzt im Betriebe des Arbeitgebers beschäftigten Personen und um-faßt auch diejenigen Arbeitnehmer, die nur vorübergehend, aus-mittels oder stundenweise beschäftigt werden. Die Anzeige über bereits jetzt im Betriebe des Arbeitgebers beschäftigten Personen ist sofort zu erstatten. Der Arbeitgeber hat ferner allwöchentlich Anzeige über alle Fälle zu erstatten, in denen sich Arbeitnehmer auf mehr als drei Tage krank gemeldet haben, ohne aus dem Arbeitsverhältnis auszuscheiden. Die Anzeige über die Beendigung eines Arbeitsverhältnisses hat auch die Angabe zu enthalten, ob der Arbeitnehmer bei der Entlassung Geldgewandungen in Form von Lohnfortzahlungen, Abfindungen und dergleichen, und welche er bekommen hat.

Die Meldefrist für Militäranwärter! Die Frist für die recht-zeitige Bemerkung oder die rechtzeitige Wiederholung der Bemerkung der Militäranwärter läuft am 31. Juli ab. Bis zu die-jem Tage muß das Bewerbungsgesuch in der Hand der Anstellungsbehörden sein. Der Anwärter braucht aber bis dahin weder eine Prüfung abzulegen, noch eine vorber-eitende zivildienstliche Beschäftigung abzuleisten. Wenn ein Militär-anwärter infolge freiwilliger Dienstleistung beim Krieg, oder Heimatdienst an der Innehaltung dieser Frist verhindert ist, muß auch dann noch in das Bewerberverzeichnis eingetragen werden, wenn er sein Bewerbungsgesuch bis zum letzten Tag einer drei-monatigen Frist vorgelegt hat. Diese Frist wird berechnet vom Tage des Beginns der Behinderung an. Die Nachfrist wird auch wegen widriger Verhältnisse bewilligt, wie die unfreiwillige Ju-ridikation im Kriegsdienst, Gefangenschaft, Lazarettbehandlung usw.

Ein ungarischer Kommunist Karl v. Kreibitz ist hier verhaftet worden. Er wird beschuldigt, für einen Umsturz gearbeitet zu haben. Auf dem „Deutschen Sozialistentag“ hat er einen Vortrag über Sowjet-Ungarn gehalten.

Sechs Einbrüche wurden von der Neulöhner Kriminalpolizei un-schädlich gemacht. Der Antiker Erich Döring, der Metallschleifer Hugo Rißes, der Schlosser Alfred Romig und der Arbeiter Richard Nagel hatten gemeinschaftlich Geschäftseinbrüche ausgeführt. Sie räumten mehrere Einbrüche ein. Die 21 und 22 Jahre alten Arbeiter Franz Rißle und Georg Stahn hatten sich auf Bodenein-brüche und Haberdiebstahl gelegt. Sie wurden abgefahrt, als sie in der Kaiser-Friedrich-Strasse in einem Hause sechs Wöden erbrochen und ausgeplündert hatten.

Ein Sittlichkeitsverbrechen ist von einem unerkannt entkomme-nen Menschen in Neulöhren verübt worden. Der Mäntling ver-gewaltigte ein vierjähriges Mädchen aus der Hochreithstraße, nach-dem er es nach dem Markthausufer gelockt hatte. Der Unhold trug blauen Anzug und blaue Mütze.

Antisemitismus im Kino. Von einem Leser unseres Blattes wird uns berichtet, daß am Donnerstagabend im Passage-Kino bei der Aufführung des Aufklärungsfilms „Die Kocher der Prostitution“ eine Gruppe Soldaten im Saale erschien, die die Fortsetzung der Aufführung verhinderte. Dabei riefen sie: „Das ist eine Judenwirtschaft. Die ganze Filmindustrie ist in jüdischen Händen. Wir sind hier in Deutschland und diese Schweinewirt-schaft muß aufhören.“ Wir lernen das Stück nicht und wissen es nicht zu beurteilen. Die antisemitischen Kluse lassen aber er-kennen, daß es sich um einen antisemitischen Krawall handelte. Untersuchung und nachdrückliche Bestrafung der Südenfriede muß sofort erfolgen.

Secretariat für militärische Angelegenheiten, Lindenstr. 114. I. rechts. Die juristische Sprechstunde findet heute nachmittags von 5 1/2—6 1/2 Uhr statt.

Eine Reichsfürsorgekasselle für deutsche Wehrmänner aus der Schweiz ist zur Wahrung ihrer Forderungen bei behördlichen und privaten Stellen, besonders auch zur Bekämpfung von Arbeit und neuen Beschäftigungsmöglichkeiten von reichswegen in Eingen am Dolmetscher eingerichtet worden. Reichsbeauftragter Konrad Schabinger, Stadtdirektor Bürger-meister Thorbecke. Beirat aus den Kreisen der Wehrmänner.

Der Bund der sozialdemokratischen Handel- und Gewerbe-treibenden beschäftigt durch eine glückliche Aufführungsdarstellung die sozialistischen Ideale zu fördern und die auf unethischer Auffassung basierende Sozialistierung seines Standes zu befehlen. Man geht ortgruppenweise vor. — So findet u. a. in Wilmersdorf heute, Freitag, abends 7 1/2 Uhr, im Kugelhof, Kugelhofstr. 1, eine Versammlung statt, deren Besuch jedem auf dem Boden der soj. Weltanschauung Lebenden Handels- und Gewerbetreibenden angelegentlich zu empfehlen ist.

Eine öffentliche Schulkonferenz plant ein Kreis ent-fallende Schulreformer unter den akademisch gebildeten Lehrern. Sie wird Anfang Oktober in Berlin stattfinden. Es sollen in mehrtägigen Arbeit-sitzungen bestimmte Fragen des Schulwesens, des Unterrichts und der Er-ziehung, der Lehrerbildung und der Lehrerbefreiung, der Unterrichtsziele und -methoden, besonders auch die Erarbeitung einer Lebens-, Staats- und Wirtschaftsauffassung behandelt werden. Alle Anfragen, Anmeldungen und Mitteilungen in Sachen der Tagung erdolen an Studienassessor Arno Wagner, Berlin-Wilmersdorf, Ebersstr. 15.

Sportplatz Treptow. Sonntag Großer Sommerpreis, 100 Kilometer in einer Etappe. Appellhaus hinter Krüger, Bamer hinter Nachtmann, Witzig hinter Adler und Krudrat zum erstenmal hinter Geppert. — Mitge-herren, B. Hütger: Lemann, Sennede, Vadebus, Ladewald, Fritz Hoff-mann, Kroschmer, Rops, Rüniger, Petrie, Dahn u. a. m. Borgelöhren. Beginn 4 Uhr.

Lichtspiele „Neue Philharmonie“, Köpenicker Str. 10/11, Eitten-hof: „Warum das Weib am Rande und der Mann am Weibe leidet.“ Außerdem „Unschuldige Sünderin“ mit Ulmer Corona.

Verlorenes Gesangsnoten. Letzten Sonntag ist eine schwarze Leder-schale mit Noten des Nichtenberger Gesangsvereins in der Linie 69 abends 9 Uhr liegen geblieben. Rückgabe an Richard Herzmann, Nichtenberg, Bognersstr. 57, erbeten.

Wilmersdorf. Die Stadtverordnetenversammlung hat die Ge-meindeeinkommensteuer von 250 auf 300 Proz. erhöht und gemäß einem sozialdemokratischen Antrag beschlossen, Einkommen bis 1500 M. steuerfrei zu lassen und von 6500 M. an die Steuer nach oben zu staffeln zugunsten der geringeren steuerpflichtigen Ein-kommen. Die Rationalisierern und die Deutschnationalen hatten sich die größte Mühe gegeben, die Millionäre zu schonen und lieber die Masse der kleinen Leute und des Mittelstandes schärfer heran-zuziehen. Mit Recht nannte Genosse Lüdemann dieses Verlangen unter den bisherigen Verhältnissen geradezu empörend.

Schmargendorf. Gemeindevertretung. Die Deutschnationalen brachten am 20. Juni einen Dringlichkeitsantrag auf Beilegung des kommunalen Arbeiterrates ein. Die Dringlichkeit wurde nicht anerkannt. Der Antrag kam für die nächste Gemeindevertreter-sitzung als erster Punkt auf die Tagesordnung. Für den 11. Juli hatten nun beide sozialdemokratische Parteien gemeinschaftlich eine öffentliche Versammlung einberufen, um Stellung zu dieser Frage zu nehmen. Die Referenten beider Parteien führten aus, daß die Beibehaltung der Arbeiterräte eine zwingende Notwendigkeit sei und daß der kommunale Arbeiterrat speziell in Schmargendorf an-erkanntermaßen allen Einwohnerlichkeiten treffliche Dienste leiste. Im Schlußwort warnte Genosse Lehnerd die Deutschnationale Volkspartei, sich durch ihren Antrag nicht etwa das Dach über dem Kopf anzuzünden, und wies auf die große Beunruhigung hin, welche dieser Antrag in die hiesige Einwohnerschaft gebracht hat. Am 14. Juli kam dann der Antrag in der Gemeindevertreterversammlung zur Erledigung. Lange schon vor Beginn der Sitzung war der Saal von Zuhörern dicht gefüllt. Der Hauptantragsteller Gren-zung glänzte durch Abwesenheit und überließ das Schicksal des Antrages seinen Parteifreunden Graf v. Dredow, Kartograph Rührstedt und Schornsteinfegermeister Sauer. Von demokratischer Seite wurde beantragt, den kommu-nalen Arbeiterrat in Anbetracht seiner gegenwärtigen Tätig-keit bestehen zu lassen und ihn nur seiner politischen Spitze zu entleeren. Alle Parteien, selbst die deutsch-nationale Volkspartei, anerkannten die Möglichkeit des kommunalen Arbeiterrates zwischen der Einwohnerschaft und der Gemeindeverwaltung als Bindglied. In namentlicher Ab-stimmung wurde der Antrag Drenning gegen die Stimmen des Grafen v. Dredow, Rührstedt und Sauer abgelehnt und dann der Antrag Drenning auf Beibehaltung des Arbeiterrates gegen die drei vorgenannten Stimmen angenommen.

Marienthal. Der Gemeindevorsteher schied uns folgende Be-richtigung zu dem im Abendblatt vom 5. Juli enthaltenen Ge-meindevertreterbericht: In der Sitzung der Gemeindevertreter-sitzung vom 20. April ist ein Dringlichkeitsantrag angenommen worden, wonach der stellvertretende Gemeindevorsteher beauftragt wird, sogleich Schritte zu unternehmen, um die Umquartierung der hier liegenden Gruppen zu veranlassen. Dieser Antrag ist vor allem



### Volksbühne

Theater am Bülowplatz.  
Täglich 8 Uhr:

### Der heilige Florian.

Deutsches Theater.  
7 1/2 Uhr:  
Auch ich war ein Jüngling ...  
(Schwank).

Kammerspiele.  
Abendlich 8 Uhr:  
Leopoldine Konstantin in  
Das Weib u. der Humpelmann.

Theater des Westens  
Abendlich 7 1/2 Uhr:  
Mia Werber und Hans Wass-  
mann in Die Geisha.

Theater i. d.

### Königgrätzerstraße

1/2 Uhr: Der Häuptling.

### Komödienhaus

Gastspiel von Lucie Höflich  
8: Liselott von der Pfalz.

### Berliner Theater

1/2 Uhr: Die tolle Komissa.

Central-Theater  
Kommandantenstraße 57.

7 1/2 Uhr: Die Schönste von Allen.

Friedr.-Wilhelmst. Theater

### Der Bias

7 1/2 Uhr: Kleines Theater.

Unter dem Baume der Erkenntnis  
Komische Oper

7 1/2 Uhr: Schwarzwaldmadel.

Lustspielhaus

7 1/2 Uhr: So ein Madel.

### Metropol-Theater.

Die Faschingsfee.

Neues Operettenhaus.

7 1/2 Uhr: Die Dame vom Zirkus.

Palast-Theater

7 1/2 Uhr: Weikende Erben.

Oper. v. R. Danziger.

Schiller-Theat. Charl.

7 1/2 Uhr: Alt-Heidelberg.

Thalia-Theater

7 1/2 Uhr: Jungler Sonnenschein

Th. am Nollendorfpfatz

7 1/2 Uhr: Die Puppe.

Theater d. Friedrichstadt

8 Uhr: So eine Frechheit.

Versicherung gegen Einbruch.

Ein Pottersabend.

Waller-Theater

7 1/2 Uhr: Das Gesetz.

### Residenz-Theater.

Untergrund. Klosterstraße.

Ausgang Stralauer Straße.

Täglich 8 Uhr. Zum 194. Male:

### Das höhere Leben.

Schauspiel von Sudermann

Regie: Alfred Rotter.

### Trianon-Theater.

Bhf. Friedrichstr. Ztr. 4927, 2391

Tägl. 8 U. Heute z. 320. Male:

### Der gute Ruf

von Hermann Sudermann.

Sonntag 4 Uhr:

### Johannistfeuer.

Walhalla-Theater.

7 1/2 Uhr:

Die Frau des Debutanten.

### Rose-Theater.

Täglich 7 1/2 Uhr:

O schöne Zeit, o selbige Zeit

7 1/2 Uhr Gartenbühne:

Das sieht sich jeder an.

Vorher Konzert u. Spezialakt.

### Luisen-Theater.

7 1/2 Uhr: Wenn Frauen lieben

Sonntag 3 Uhr:

Ein glücklich. Familienvater

Täglich abends 7 1/2:

Wenn Frauen lieben.

### APOLLO

Friedrichstraße 218

Dir.: James Klein

7 1/4 3 1/2 und 7 1/2

Nur 6 Tage!

noch 6 Gastspiel

der Gesellschaft

Anton

### Herrnfeld

mit der neuesten

Schlager-Burleske

Nur nicht

schießen

Vorh. Spezialitäten!

Sonnt. 3 1/2 u. Erwauchs

1 Kind frei!

Admirals-Palast.

Internation.

Ringkämpfe

um den Preis der

Deutschen Republik.

Anfang 8 Uhr.

Admirals-Kino.

Halbblut

Rest Oria.

Ein genialer Einfall.

Reichshall.-Theater

Gastspiel d. berühmten

Preussener

Victoria-Säng.

Wichtiges neues

Programm.

In der Konz.

Ball.

Diese täglich!

Eintritt 1.5. Wieder-

auftreten d. Berliner

Sänger.

### Lessing-Theater

Sommerspiel: H. Sternberg.

Gastspiel Guido Thielscher:

8 Uhr: Charleys Tante.

Deutsches Künstler-

Theater.

Abendlich 8 Uhr:

Max Adalbert in:

Die Rutschbahn.

### National-Theater

8 Uhr Sturm Erfolg 8 Uhr

Familie Hanneemann.

### MARMOR HAUS

Direktion

Siebert Goldschmidt-

Kurfürstendamm 236

Wegen des Riesen-

Erfolges eine Woche

verlängert!

### MAZEPPA

Der Volksheld

der Ukraine

6 Akte, verfaßt und ins-

zeniert von

Martin Berger

Hauptdarsteller:

### Werner Krauß

Eva Speyer

Außerdem

das Lustspiel:

Die Medaille

der Republik

mit

Richard Senius

Heinrich Peer Ida Perry

Regie: L. Bätz.

4 6 15 8 30

### Voigt-Theater

Habstraße 58. 7 1/2 Uhr:

Die Förster-Görnt.

Regie:

Varieté-Vorstellung.

Eröffnung 8 Uhr, Anfang 8 1/2 Uhr.

Seh. Wiltun. Sdb. Sonnt. 1. Ball.

### Theater a. Kottbus-Tor

Abendlich 7 1/2 Uhr:

Elite-Sänger

9 ehem. Mitgl. der

Metliner Sänger

Humor. Spielplan

Sommerreise I

Blühgen-Konzert.

### Central-Park

am Bhf. Friedrichstr.

Schleifenbahn

Figur-8-Bahn

Berg- und Talbahn

Taufun-Rad

! Hippodrom-Noblesse!

Werktags ab 2, Sonnt. 4 U.

### Fauntzen-

PALAS

Bernd

Aldor

in

Der

Seelenkäufer

Theateraufführung

Der Mann im

Keller

Interaktion mit

Ernst Reich

Max Lande

Regie: Joe May

### BTL

Potsdamer Str. 38

Turnstr. 12

Uraufführung

Lotte Neumann

im Filmspiel

Das Narrenschloss.

Alexanderplatz-Passage.

Fern Andra

in:

Geheimnisvolle Gewalten

Friedenau, Rheinstr. 14

Maria Carmi:

Der Pluch der Sonne.

### Berliner Prater

79 Rastanmühle 79

1/8: Neptuns Bummelahrt.

Gr. Operetten-Vorh. in 3 Akten.

In der Konz.

Ball.

Diese täglich!

Soziald. Anfang 6 1/2 Uhr.

## Bezirksverband Groß-Berlin S. P. D.

Belleuestr. 7.

Sonnabend, den 26. Juli 1919, nachmittags 4 Uhr

# Großes Sommerfest

in folgenden Lokalen:

1. Speerezelt, hinter den Zelten, Portal 1, 2, 3
2. Walhalla-Etablissement, Weinbergsweg
3. Konzertgarten Plänterwald, in Treptow

Gartenkonzert, Gesangsvorträge, Kabarett, Kino im freien,  
Theatervorstellung, Kinderbelustigungen und Tanz !!

Eintrittskarten, im Vorverkauf 75 Pf., sind bei allen Abteilungs-  
funktionären zu haben. An der Kasse Eintrittspreis 1,00 Mark.  
Kinder unter 14 Jahren freier Zutritt. 312/19

## UT

6. Woche

### Die Austern- prinzessin

Das größte deutsche  
Lustspiel mit  
Ossi Oswalda,  
Harry Liedtke,  
Victor Janson,  
Julius Falkenstein  
Regie: Ernst Lubitsch

Freidrichstr. / Weinbergsweg  
Vorverkauf 12-1 Uhr an d. Tageskasse  
Wochentags, Sonntags 10 Uhr  
Weinbergsweg  
Wochentags, Sonntags 10 Uhr  
Nollendorfpfatz

Die Lumpenprinzessin  
Lustspiel mit  
Gunnar Tolnaes  
Klara Wieth

Moritzplatz  
Die Sünderin  
Pflanzenrevue mit  
Erika Gläuner  
Regie: Leo Laska

Schöneberg  
Das Laster  
Sontales Drama mit  
Alfred Abel

Haseheide  
10. Woche  
Die Verführten  
nach dem Roman von  
Hans Hyan  
Regie: Carl Froelich

Hauptdarsteller:  
Gertrud Welcker  
Carl Auen  
Eise Borna  
Pietro Scholz  
Max Adalbert

Wochentags 6, 8 Uhr  
Sonntags 4, 6, 8 Uhr

## KAMMER- LICHTSPIELE

### Komödianten

Ein Lebensbild in 5 Akten

### Bubi verlobt sich

Lustspiel mit Rolf Müller

Wochentags 6, 8 Uhr  
Sonntags 4, 6, 8 Uhr

## KURFÜRSTEN- DAMM

### Pola Negri

in der Tragödie  
Kreuziget sie!

mit Albert Patry,  
Magnus Stifter,  
Harry Liedtke

Regie: Georg Jacoby

Vorverkauf 12-1 Uhr a. d. Tageskasse

Wochentags 6, 8 Uhr  
Sonntags 4, 6, 8 Uhr

## Vorzügliche Küche

### Anton's Weinstuben

Am Untergrundbahnhof Stadtpark  
Innsbrucker Straße 42.

Seitene Weine  
Künstler-Konzert.

### Ferien-Dampfer-Extrajahrten

von der Schillingbrücke  
nach Wernsdorfer Schleuse.

Täglich auch Sonntags Abfahrt vorm. 9 Uhr.

Restaurant zum  
Oder-Spree-Kanal.

Paul Schwedler, 3002\*

## Winter-Garten

Täglich 7 1/2 Uhr:

### Varieté-Spielplan

Rauchen gestattet!

Mandoline, Laute,  
Blasor, Wandermusik,  
125.-, 145.-, 165.-, 185.-, 205.-  
Konzert-Orchester, 10 Stk.  
Konzert-Orchester, 10 Stk.  
Konzert-Orchester, 10 Stk.  
Konzert-Orchester, 10 Stk.  
Konzert-Orchester, 10 Stk.

Händler  
Sinnen viel Geld verdienen  
durch den Verkauf von Hoch-  
qualität. Beste schmalste Ware,  
wie Schmalz in lauberen  
Küchen. Außergewöhnlich  
im Preis herabgesetzt. 12/13\*

G. Fendler & Co.,  
W 85, Ragnbeurger Str. 86 part.

## MENNY PORTEN

in Lustspiel

### Die beiden Gaffen der Frau Ruth

mit Kurt Götz  
Verjamer, H. Galsow  
Regie: R. Biebrock

Wochentags 6, 8 Uhr / Sonntags 4, 6, 8 Uhr  
Freikarten ungenügl. / Zur Premiere haben Presse- und  
Chorenkarten keine Gültigkeit

## MOZART SAAL

## Altkunst- G.M.B.H.

Berlin, Wilhelmstr. 409

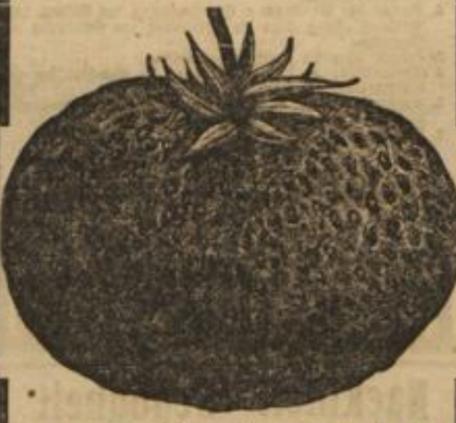
### Antiquitäten

Möbel-Porzellane  
Gemälde-Gobelins

Ankauf Verkauf

Kostenlose  
Schätzungen  
guter Stücke

Telefon:  
Zentrum 3495



### Die fruchtbarste und beste Erdbeersorte der Gegenwart

ist die vom Oberbaurat des Preussischen Kulturbauamts im  
Obst- und Gartenbau, Oekonomierat J. Böttner, geprüfte  
Erdbeere "Sieger". "Sieger" ist eine deutsche Neu-  
züchtung, sie braucht sich hier nicht erst zu akklimatisieren,  
was ja viele andere Sorten und auch "Robie" bisher  
nicht gekonnt haben. Die reife Frucht wird zierlich, groß,  
zuckerfüllig, süßlich-aromatisch, fester und zäher, "Sieger"  
eine machtbeherrschende Frucht liefern und vielen Land-  
wirten ungeheure Einnahmen bringen. "Sieger" liefert  
100 Zentner reifen Früchte von Morgen. Berechnen Sie  
also selbst, welchen ungeheuren Gewinn Ihnen eine  
"Sieger"-Erdbeereanlage einbringen würde. Die im  
Preussischen Kulturbauamt im Obst- und Gartenbau zu Frankfurt  
a. M. Ober alljährlich veranstaltete Abstimmung für die  
besten und ertragreichsten Erdbeersorten in Deutschland  
ergab für "Sieger" 194 Stimmen, in welchem Abhandlung  
folgte "Robie" mit 129, "Deutsch-Corn" mit 119, "König  
Albert" mit 107 und "Jutunder" mit 87 Stimmen. Dieses  
waren die fünf besten Erdbeersorten. Es folgten dann  
noch zahlreiche andere Sorten mit 5-37 Stimmen. Bes-  
tehalt vereinigte "Sieger" auf sich 194 Stimmen und die  
weilten anderen Sorten nur 5-207. Weil "Sieger" alle  
anderen Sorten hundertfach übertrifft an Fruchtbarkeit,  
Gesundheit, Widerstandsfähigkeit gegen Frost, frühe Reife  
und anderen guten Eigenschaften. "Sieger" ist das  
höchste für Marktfrucht, gefastet, dem Boden die  
höchsten Erträge abzurufen und zuteil in jedem Garten-  
freund im eigenen Interesse, wenigstens einen Versuch  
zu machen. Da eine ungeheure Nachfrage nach diesem  
Reinod entfallen wird, empfiehlt es sich, sofort zu be-  
stellen. Die Pflanzen werden zur gegebenen Veranlassung  
von Mitte August bis Ende September der Reihe der  
eingehenden Bestellungen nach als bringendes Gütpaket  
zu haben des Empfängers per Nachnahme oder gegen  
vorherige Kasse zum Versand gebracht. Jeder Auftrag  
wird sofort befristet. Der höchste herabgesetzte Preis be-  
trägt für 25 Pflanzen 250 Mk., 50 Stk. 4.-, 100 Stk.  
7,50 Mk., 200 Stk. 14.-, 500 Stk. 28.-, 1000 Stk.  
45.-, 2000 Stk. 80.-, 10000 Stk. 400 Mk.

### Holtge's Erdbeerpflanzen-Berandhaus

Potsdamerstr. 21. 3002\*  
Berlin 26700. 3002\*  
Humboldt 20000.

## Wie Satan starb

Roman von  
Art. Landsberger

Geh. M. 7.-, geb. M. 10.-  
10% Buchhändlerzuschlag

### Kein Berliner Roman

A. Landsbergers  
Berliner  
Sittenromane  
200000 Exemplare  
in einem Jahre verkauft!

Lu, die Kokotte / Millionäre  
Um den Sohn / Hilde Simon  
Moral / Lachs, Bajazzo!

Jeder Roman geh. 9 M., geb. 12 M.  
10% Buchhändlerzuschlag

Brillant geschrieben, fessend und  
künstlerisch vollkommen reif.  
Frank Wedekind.

Zu beziehen durch jede Buchhandlung  
Georg Müller Verlag  
München, Elisabethstr. 26

## Leonhard Frank

### Der Mensch ist gut

Volksausgabe 1-50 Tausend M. 3.- Broch.

Frank's Novellenbuch ist die  
grosse Dichtung unserer Zeit  
gegen den Krieg gegen den Völkerverhasst  
gegen die Gewalt. Diese Schöpfung  
leuchtet das Tor zum neuen Zeitalter auf  
und leuchtet in dem Zeichen der Zu-  
kunft: Weltbrüderschaft. Das Werk ist  
die erste Proklamtion eines deutschen  
Dichters zur internationalen  
revolutionären Solidarität.

Durch alle Buchhandlungen zu beziehen.  
Gustav Kiepenheuer-Verlag Potsdam

## Alte Gebisse

pro Zahn bis 1 1/2, 3 bezw. 8 Mk.

Für sechsdehnte Teile gleiche Preise. - Nach für  
Gold-Platin-Gebisse höchste Preise. 71.12  
Platin in jeder Form.

### Wächter gesucht!

Die Gemeinde Klein Glienicke  
sucht für die nächtliche  
Straßen- und Grundstücks-  
bewachung im Gemeindebezirk

### 3 Wächter.

Erfordernisse: Gedient, Alter  
nicht über 45 Jahre, gesund,  
körperlich rüstig, zuverlässig,  
nüchtern.

Bewerbungen mit Lebenslauf,  
Zeugnisabschriften unter  
Angabe von Gehaltsansprüchen,  
Kriegsbeschädigte, welche  
diesen Anforderungen ent-  
sprechen, sind nicht aus-  
geschlossen. 433D\*

Rathaus Neubabelsberg.

### Piano,

1000, 1200, 1500, 2000, 2500, 3000, 3500, 4000, 4500, 5000, 5500, 6000, 6500, 7000, 7500, 8000, 8500, 9000, 9500, 10000, 10500, 11000, 11500, 12000, 12500, 13000, 13500, 14000, 14500, 15000, 15500, 16000, 16500, 17000, 17500, 18000, 18500, 19000, 19500, 20000, 20500, 21000, 21500, 22000, 22500, 23000, 23500, 24000, 24500, 25000, 25500, 26000, 26500, 27000, 27500, 28000, 28500, 29000, 29500, 30000, 30500, 31000, 31500, 32000, 32500, 33000, 33500, 34000, 34500, 35000, 35500, 36000, 36500, 37000, 37500, 38000, 38500, 39000, 39500, 40000, 40500, 41000, 41500, 42000, 42500, 43000, 43500, 44000, 44500, 45000, 45500, 46000, 46500, 47000, 47500, 48000, 48500,